

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Dienstag, 20. Mai 1924.

4. Jahrgang.

Nr. 118.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich (rub).

Der unschuldige Held.

Die österreichische Militärdiktatur war nicht nur wie jede Diktatur gewalttätig, sie bewies auch das denkbar höchste Maß von Verrottung. Das konnte bei ihr, — die ausgeübt wurde von einem senilen Herrscherhaus, von unfähigen Generälen, einer feilen, nichtswürdigen Militärjustiz und beraten von der geistigen Armut der fanatisch-unzurechnungsfähigen Deutschnationalen der Wolf, Sumner und Witsch. — nicht anders sein. Den schreiendsten Ausdruck ihrer heillosen Verdummtheit erbrachte sie, als sie neben einigen anderen führenden tschechischen Politikern den Abgeordneten Dr. Kramar' einfermte, ihn wegen „Hochverrats“ den Prozeß machte und von der zu allem fähigen Militärjustiz zum Tode durch den Strang verurteilen ließ, vor dem er allerdings durch die Amnestie bewahrt wurde. Obwohl die Verhandlung gegen Dr. Kramar' geheim durchgeführt wurde, mußte man doch schon damals, wie heillos die Angelegenheit war, die ohne einen Schatten des Beweises rein ideelle Zusammenhänge zwischen ihm und der tschechischen Auslandsabwehr, sowie der Bildung der tschechischen Legionen konstruierte und ihn für alle diese Erscheinungen verantwortlich machte. Anklage und Verurteilung des Dr. Kramar' waren die töpeltaste Rache für die Wut, welche die österreichische Kamariska über die Propaganda und die Tätigkeit, welche Masaryk und Benes im Auslande entfaltet. Da man dieser nicht habhaft werden konnte, sollte Kramar' daran glauben und seine Verurteilung war als abschreckendes Beispiel für die Tschechen gedacht. Dabei bedachte die österreichische Regierung nicht, daß nicht so sehr die Erbitterung im tschechischen Volke zu wecken und Oesterreich im feindlichen Auslande zu kompromittieren geeignet war, als daß man gerade Kramar', den bis dahin, ach, so zahmen und gemäßigten, fast schwarzgelben Politiker herausgegriffen hatte, um ihn an den Galgen zu bringen. Denn Kramar' war unschuldig, er hatte mit der von ihm geführten Partei wohl manchmal Opposition gemacht, hatte von einem Bündnis Oesterreichs mit Rußland geschwärmt, aber die österreichischen Staatsnotwendigkeiten oft genug bewilligen helfen und nie an die Zertrümmerung Oesterreichs, höchstens an seine Umorientierung im slawischen Sinne gedacht. Wahrhaftig, er war nicht der tschechische Revolutionär, zu dem ihn die österreichische Militärdiktatur und später die tschechischbürgerliche Legendenbildung zu machen suchte und seine Verurteilung gehört in das umfangreiche Kapitel „Danke vom Hause Oesterreich“.

Später, nach dem Umsturz, wollte allerdings Herr Dr. Kramar', daß ihm das Unrecht, das er unter Oesterreich zu erdulden hatte, von seiner Nation hoch angekreidet werde, und er schöpfte aus diesem seinem, wie es schien, wenigstens passiven nationalen Heldentum die Berechtigung, als Höchster im Staate auf den Schild erhoben zu werden. Als die Nation ihm andere vorzog und auf den Piedestal stellte, und er sogar als Ministerpräsident gegangen wurde, legte sich in seinem Herzen bitterer Groll über den ihm zuteil gewordenen vermeintlichen schwarzen Luddank fest und seit jener Zeit datiert sein Hebernationalismus ebenso wie sein Kampf gegen den Großhändler und gegen den Außenminister, die ihm beide nichts mehr recht zu machen vermögen. Er und seine Getreuen wurden nicht müde, direkt und indirekt zu versichern, daß eigentlich er der verdienstvolle Mann in der Nation wäre. Man erinnert sich an seine Rede am Sarge Dr. Masaryk, in der er begreiflich zu machen suchte, daß nicht jene Männer, die über die Grenze geflüchtet waren und dort, wo sie vor allen Nachstellungen geschützt waren, Propaganda gegen Oesterreich betrieben, sondern jene, die von Gefahren umdrängt im Lande blieben und hier den Umsturz betrieben, worunter natürlich er vor allem sich verstanden wissen wollte. Die Politik der golligen Leber, deren sich der verärgerte und gekränkte Dr. Kramar'

Ein Sonntag der völkischen Reaktion.

Alägliches Verlaufs der monarchistischen Paraden. — Zusammenstöße mit den Kommunisten.

Berlin, 19. Mai. Die demokratische „Berliner Montagspost“ meldet von den beiden für den gestrigen Sonntag angelegten „Völkischen Tagen“, daß sowohl der „Mannentag“ in Fürstentwale, als auch der „Deutsche Tag“ in Breslau dank dem „sehr energischen Eingreifen der Polizei“ ungestört verlaufen sind. Es habe sich gezeigt, daß der agitatorische Zweck solcher Feiern, wenn ihnen die künstliche Aufmachung nicht ermöglicht wird, kaum erreicht wird. Zu der Feier in Fürstentwale, wo ein Gedenkstein für die gefallenen Mannen eingeweiht wurde, waren den Blättern zufolge etwa 2000 Teilnehmer erschienen, während der Zug der Kommunisten aus dem nahen Berlin an 7000 Mann betragen hat. Im Stadipark ereigneten sich kleinere Zusammenstöße bei dem Versuch der Polizei, die Kommunisten wiederum nach Berlin abzuschieben. Hierbei wurden drei Polizeiwachmeister verletzt. Die Zahl der Verhaftungen betrug an 200, wovon 75 aufrecht erhalten wurden.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ berichtet, daß der Mannentag zwar weniger blutig, aber doch empörend für jeden Republikaner verlaufen sei. Durch das Verbot öffentlicher Kundgebungen habe sich der Mannentag nur in monarchistischen Demonstrationen auf dem Kaiserhof dokumentiert. Im Gegensatz zu den Blättermeldungen berichtet der Parlamentsdienst, daß nur wenige Hunderte Kommunisten eingetroffen waren, gegen welche die Polizei von ihrem Summum rücksichtslos Gebrauch gemacht habe. In Breslau kam es nur zu einem unbedeutenden Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Stahlhelmlern. Die Feier selbst war auf den Garten des Versammlungsortes beschränkt und hier hielt General Francois die Festrede und rief die ganze Teilnehmerenschaft auf zur geistigen Abwehr gegen die Anechtung. Die Deutschland von den Westmächten aufgezwungen werden wolle.

Der neue Kurs in Frankreich.

Aufhebung volksfeindlicher Gesetze.

Paris, 18. Mai. (Savas.) In einem vom „Rein Parisien“ gebrachten Interview lehnte es Herriot ab, über die Zusammenlegung des künftigen Kabinetts zu sprechen, erklärte jedoch, es sei notwendig, die Gesetzesdefekte und die reaktionären Defekte Betard betreffend den Mittelschulunterricht schnell aufzuheben und die Wirkungen des Gesetzes betreffend die Aufhebung des Zündhölzchenmonopoles zu befeitigen.

Bezüglich der auswärtigen Politik betonte er die Notwendigkeit herzlichen Vertrauens und wirksamer Zusammen-

arbeit der Alliierten und fügte hinzu, er werde sich niemals von dem Wege der Vernunft und gesundem Menschenverstandes entfernen. Wir werden, schloß Herriot, sehr loyal sein, das Gleiche aber auch von den anderen fordern.

Painlevé erklärte einem Vertreter des selben Blattes, nach seiner Ansicht sei Herriot der kommende Ministerpräsident. Er werde ihm seine Mitarbeit zusichern. „Deuvre“ glaubt zu wissen, daß Herriot morgen nach Paris komme und in dieser Woche zum Präsidenten berufen werden wird.

befähigte, hat ihn in seiner Nation immer einjamer gemacht, er hat so gut wie alle Parteien gegen sich und selbst in der eigenen Partei frondiert die mährische Gruppe unter Engliš und Jaroslav Stransky Führung gegen ihn.

In den letzten Tagen nun hat die „Pritomnost“, eine Zeitschrift, die der Schriftsteller Peroutka redigiert und hinter der Dr. Jaroslav Stransky steht, ihm auch noch die Gloriole des passiven Heldentums herabgerissen. Sie veröffentlichte einen Brief und ein Memorandum des Dr. Kramar' aus der Zeit seiner österreichischen Inhaftierung, welche dieser an den damaligen Ministerpräsidenten Grafen Sturgis zur Uebergabe an den Kaiser Franz Josef richtete. Brief und Memorandum sind voll der jämmerlichen Klage über das ihm, gerade ihm, dem österreichischen Patrioten, zugesagte Unrecht. Daß man gegen ihn „nach den großen Diensten“, die er „dem Staate erwiesen“ hat, ihn „den Führer der regierungsfreundlichen Tschechen“, so ohne alle Rücksicht behandle, sei ein Fehler: „Wenn ich auch eine andere Politik haben wollte, so hat es doch niemand mit Oesterreich ehrlicher gemeint. Ich wollte ein anderes, besseres Oesterreich, aber ich wollte es ehrlich und aufrichtig. Immer wieder versichert er, daß er der Führer der gemäßigten tschechischen Partei sei, daß es für Oesterreich ein Fehler wäre, so zu handeln, denn es müsse an die Zeit nach dem Kriege denken, und er erinnert daran, daß die tschechischen Abgeordneten es waren, welche mit ihren Stimmen die Zweidrittelmehrheit für das Wehrgesetz ermöglichten.

Der Brief und das Memorandum, die Dr. Kramar', den jetzigen wütenden Nationalisten, als ehemaligen braven schwarzgelben Stiefelwischpatrioten erkennen lassen, stammen aus dem Wiener Hofarchiv, das kürzlich nach Prag überführt wurde. Auf welchem Wege sie in die „Pritomnost“ gelangten, wird wohl für immer ein Geheimnis bleiben, aber der Zweck der Veröffentlichung der Dokumente ist klar: Kramar'

der der allerrechte Nationalist und tschechische Revolutionär sein will, soll des Nimbus, den er sich selber umhängt, entkleidet werden. Vielleicht haben auch jene recht, die behaupten, die Veröffentlichung sei ein Teil des Kampfes zwischen den Anwärtern um das Erbe Masaryks, ein Kampf, der besonders lebhaft immer dann entbrenne, wenn der Präsident aus Gesundheitsrücksichten im Auslande weise.

Man irrt, wenn man glaubt, es gehe hier um eine persönliche Sache, um den Fall des Herrn Dr. Kramar' allein. Die Dokumente sind vielmehr typisch und charakteristisch für den Patriotismus der Bourgeoisie überhaupt und nicht der tschechischen allein. Das nach Prag gebrachte I. I. Hofarchiv wird unter Salsky und Miegel bewahrt, aber wenn es sprechen könnte, es würde gewiß noch manche nationale Größe und manchen tschechischen „Revolutionär“ unheilbar bloßstellen. Nach dem Umsturz wurde es einträglich, den Ruf zu genießen, an der Zertrümmerung Oesterreichs mitgeholfen zu haben, sei es als Saboteur, Konspirant oder Legionär. Da wurden auf einmal tausende zu Helden und Empörern, obwohl sie bis dahin als Geheimräte, Beamte und treue Staatsbürger in der Gnadenzone des Hofes und der Regierung sich gewärmt hatten. Öffnet die Archive und die Geheimakten und ihr werdet sehen, wieviele der nationalen Revolutionäre bis zum letzten Augenblick nicht an die Zertrümmerung Oesterreichs gedacht hatten, ruhig bei Muttern saßen und erst, als die große Konjunktur anbrach, sich auf ihren tschechischen Patriotismus besannen. Das festzuhalten ist wichtig, da die heutigen Heberpatrioten aus ihrem angeblichen Anteil am Umsturz die Berechtigung ableiten, im Staate allein und gegen die anderen Nationen zu herrschen. Dr. Kramar' war schuldlos an dem ihm angehängten Heldentum, aber es gibt noch mehr solcher Unschuldslämmer. Der Bourgeoisie ist der Patriotismus ein Geschäft, er ist der Deckmantel für ihre Herrschaftsgelüste, und darin ähnelt die tschechische Bourgeoisie der Bourgeoisie aller anderen Nationen.

Die deutsche Regierungsbildung.

Von Ernst Reuter - Berlin.

Deutschland ist im Begriff, in eine schwere Krise hineinzugeraten. Der Kampf um die Regierungsbildung ist nur ein Teil der großen Auseinandersetzung, die mit der wieder erstarnten Reaktion um die endgültige Anerkennung der Republik und der parlamentarischen Regierungsform geführt wird. Nach außen hin erscheint dieser Kampf als eine Auseinandersetzung zwischen den bürgerlichen Mittelparteien und den Deutschnationalen, deren parlamentarische Situation durch die Deutschvölkischen und Kommunisten gestärkt wird. Tatsächlich spielt sich der Kampf aber auch in den Reihen der Mittelparteien selber ab. In allen bürgerlichen Mittelparteien, am stärksten selbstverständlich in der Deutschen Volkspartei, gibt es rechte Gruppen, die in allen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen ausgesprochen rechts orientiert sind. Die Sozialdemokratie steht bei dieser Auseinandersetzung nur scheinbar zur Seite. Ihre in den Grundzügen unerschütterte Position ist aber für die Auseinandersetzung und für ihren endgültigen Ausgang einer der wichtigsten Faktoren.

Die Krise der deutschen Regierungsbildung ist komplizierter als die irgend eines anderen Landes, Deutschlands Lage ist bei weitem anomaler als die der westlichen demokratischen Industrieländer. Nach außen hin ist Deutschland verhältnismäßig unfrei. Das deutsche Bürgertum aber zeichnet sich vermög des Mangels an politischer Tradition durch eine ungewöhnliche Unfähigkeit aus, die wahren Kräfteverhältnisse in der Welt richtig einzuschätzen. Daher der Reizungsboden für die demagogische Kampagne der Rechtskreise im Bürgertum. Die Ansicht in die Notwendigkeit, ja Zwangsläufigkeit der Erfüllungspolitik ist im Bürgertum weiter verbreitet, als es nach außen hin den Anschein hat. Die Führer haben zum Teil den Kampf gegen die sozialdemokratische Außenpolitik nur betrieben, um Innenpolitik neu zur Nacht zu kommen. An diesen Widersprüchen entwickelt sich das Spezifische der deutschen Krise. Die Mittelparteien halten an der Fortführung der sehr endlich eingeschlagenen Außenpolitik fest. Nachdem auch die Industriellen unter dem Druck der Neuverträge die bekannte Schwärzung vorgenommen haben, erscheint ein Bruch mit dieser Politik nicht gut vorstellbar. Auf der anderen Seite besteht zwischen der Rechten und wirtschaftlich sehr ausschlaggebenden Kreisen der Mittelparteien weitgehende Uebereinstimmung darüber, daß der Industrie und Landwirtschaft nach Annahme des neuen Reparationsplanes der Sachverständigen die Tragung der Lasten erleichtert werden muß, d. h. daß durch Rückkehr zum Schutzoll und durch starke Belastung der Arbeiterklasse dem Bürgertum gegenüber dem Ausland eine Art Differenzialzölle geschaffen werden muß. Das Bürgertum will unter allen Umständen eine Belastung der Arbeiterschaft und der breiten Schichten aufrechterhalten, um sich selbst wirtschaftlich die Position zu erleichtern. Die Art, wie bei der künstlich und plötzlich herbeigeführten Stabilisierung alle Lasten auf die Winderbemittelten gelegt wurden, ist ein Musterbeispiel für diese stillschweigende Uebereinstimmung, die damals schon zwischen den bürgerlichen Mittelparteien und den in Opposition befindlichen Deutschnationalen bestand.

Das Gegebene wäre bei solcher Uebereinstimmung eine Bürgerblutregierung. Dem stellen sich aber wieder andere, bedeutende Hindernisse in den Weg. Eine Bürgerblutregierung müßte naturgemäß unter Deutschnationaler Führung stehen, sie geriete — ob gewollt oder nicht — unter deutschvölkischen Einfluß. Die Auflösung der preussischen Koalition wäre die gegebene Folge. Es bliebe nicht bei einer Neubesezung wichtiger Verwaltungsposten, der neue Kurs würde nicht nur graduelle Veränderung und Verschönerung darstellen, er würde bis an die Schwelle des Staatsstreiches führen. Die Mittelparteien wissen, was diese Entwicklung an innen- und außenpolitischen Gefahren mit sich bringen würde. Bei der Stärke der deutschen Arbeiterschaft wäre ein solcher Staatsstreich zum Scheitern verurteilt. Ein Horthy-Kurs ist in einem hoch entwickelten Industrieland, wie Deutschland, nicht möglich. Die Versuche seiner Aufrichtung würden höchstens zu schweren inneren Krisen und damit zu Wirtschaftskrisen, zur Störung der neu angebahnten außen-

politischen Entwicklung führen. Die Mittelparteien wollen aber zu einem großen Teil eine solche Entwicklung nicht. Sie sind zwar monarchistisch, aber sie wollen zunächst leben, arbeiten und verdienen können. So verwickelt sich die besondere deutsche Situation infolge der außenpolitischen Schwäche des Landes und dem Mangel an innerer Konsolidierung zu einem Wirrwarr, aus dem ein Ausweg nur mühsam zu finden sein wird.

Der schwächste Punkt liegt bei der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemanns. Mit der Nationalliberalen Vereinigung sind zwar einige Hauptkampfthemen ausgeschieden, aber der Reichstagsflügel in der Volkspartei ist keineswegs befeitigt. Die Volkspartei ist es denn auch gewesen, die unter dem Druck ihres rechten Flügels den an sich weitestgehenden und klugen Plan der Schaffung eines bürgerlichen Blocks der Mitte zum Scheitern gebracht hat. Ihr Führer, Dr. Scholz, drängte auf die formelle Demission der jetzigen Regierung, entgegen den ausdrücklichen Kundgebungen der Marx-Stresemann-Regierung, die im Ausland bisher den Eindruck erwecken mußten, als ob das gemäßigtere deutsche Bürgertum endlich zur Vernunft gekommen sei. Der rechte Flügel der Volkspartei findet Unterstützung bei den rechten Demokraten und rechten Zentrumskreisen. Eine gut organisierte und weit verbreitete bürgerliche parteilose Presse unterstützt die Kampagne auf Bildung einer Bürgerblockregierung. Wann und wie der Räudel gelöst wird, ist vor dem Zusammentritt des Reichstages nicht zu sagen. Die bürgerlichen Mittelparteien würden ihre Führer opfern müssen, wenn sie sich unter das deutschnationale Joch begäben. Das Opfer ihrer Führer würde eine große und schwere Krise des ganzen Staatsgefüges nicht aufhalten, sondern im Gegenteil erst recht herbeiführen.

Auf der anderen Seite ist das Bestreben mancher bürgerlicher Politiker, die Deutschnationalen zunächst einmal unabweislich vor die Frage der Lebensnahme der Regierungsverantwortung zu stellen, ein politisch durchaus berechtigtes und notwendiges Gebot. Die Erfolge der Deutschnationalen beruhen nur auf dem Nimbus, den sie sich als unentwegte Gegner des Versailles-Vertrages erworben haben. Die Deutschnationalen, genau so wie die Deutschvölkischen, haben mit dieser Agitation einen erheblichen Prozentsatz auch von Arbeiterstimmen gewonnen. Es wäre anders nicht erklärlich, daß sie in Vororten Berlins die stärkste Partei werden konnten. Diesen Nimbus können sie nur verlieren, wenn auch sie die Frage nach dem künftigen außenpolitischen Kurs eindeutig zu beantworten Gelegenheit bekommen. Soweit also bürgerliche Politiker aus diesem Grunde den Deutschnationalen eine gewisse Regierungsverantwortung zuschieben wollen, kann die Sozialdemokratie dem kaum widersprechen. Auch sie ist daran interessiert, daß das deutsche Volk durch die Praxis begreifen lernt, daß es nun einmal gewisse Zwangslagen der deutschen Politik gibt, die selbst die größten Mäuler nicht überwinden können.

Die Schwierigkeiten beginnen da, wo die Grenze zwischen legaler und illegaler Entwicklung flüchtig wird. Hier wird die Sozialdemokratie und die Arbeiterbewegung in den nächsten Wochen auf dem Posten sein müssen. Daß das Bürgertum eine Zeitlang allein regiert, das können wir sehr gut ertragen. Es kann im Gegenteil uns nur nützlich sein, wenn auch oppositionelle Kräfte einmal Gelegenheit bekommen, ihre Leistungsfähigkeit zu demonstrieren. Nicht ertragen aber können wir, daß unter deutschnationaler Flagge eine Entwicklung vorbereitet würde, die nach bayerischem Muster zur Restauration führen müßte. Im Kampf gegen diese Tendenzen ist die Sozialdemokratie heute noch mehr als je vor der entscheidenden Aufgabe. An ihr werden diese Versuche scheitern. Ihr Druck wird auch das Bürgertum zwingen, die durch die Revolution von 1918 geschaffenen Tatsachen endgültig anzuerkennen.

Der Kampf im Ruhrbergbau.

Zusammentritt der Bergarbeiterinternationale.

Brüssel, 18. Mai. (S. P. D.) Das Exekutivkomitee der Bergarbeiter-Internationale wird am 21. Mai zu einer außerordentlichen Sitzung in Brüssel zusammentreten, bei der die Bewegung der englischen und deutschen Bergarbeiter geschaffene Lage erörtert werden soll.

Eine Million Opfer des Ruhrkapitals.

Bochum, 19. Mai. Im ganzen Ruhrgebiet feiern heute insgesamt 93,59 Prozent der Zechenbesitzer die Rückwirkung der Stilllegung des Ruhrbergbaus auf die übrigen Industrien beträgt die Gesamtzahl der Arbeitslosen im Ruhrgebiet zur Zeit mindestens eine Million!

Düsseldorf, 19. Mai. (Sabas.) Trotz der Zustimmung zur Beibehaltung der Lohnhöhe um 15 Prozent seitens der Grubenbesitzer dauert die Arbeitseinstellung in allen Gruben an, bis auf drei, welche von der „Micum“ ausgebeutet werden und in denen die Arbeit sehr eingeschränkt ist. Die kommunistischen Drohungen verhindern auch die dringendsten Förderungsarbeiten. Die großen Metallwerke feiern zum Teile. Die Fortsetzung des Streiks wird die Schließung der Werkstätten zur Folge haben. Es wurden Sammlungen zugunsten der Arbeiter aufgelegt. General Degoutte erließ einen Befehl, die Zahl der Volkskudeln zu vermehren.

Der Schiedsspruch wird verbindlich erklärt.

Berlin, 18. Mai. Dem „Volksanzeiger“ zufolge, wird, nachdem der Zechenverband Montag nachmittag seine Stellung zum Schiedsspruch genommen haben wird, nach abermaligen Verhandlungen mit den Parteien, der Reichsarbeitsminister die Verbindlichkeit des Schiedsspruches im Ruhrkonflikt aussprechen.

Die Bergbaubesitzer nehmen an.

Essen, 18. Mai. (Wolff.) Der Zechenverband hat ein Schreiben an den Reichsarbeitsminister gerichtet, in dem er erklärt, daß er sich trotz schwerwiegender Bedenken zur Annahme des Schiedsspruches für den Ruhrbergbau entschlossen habe. Leitend dafür sei für ihn die Absicht gewesen, alles nur Mögliche zu tun, um die bestehenden Arbeitsstreitigkeiten mit ihren verderblichen Folgen zu beenden.

Der Kampf in der Metallindustrie Westböhmens.

Der Streik breitet sich aus.

Komotau, 19. Mai. (Eigenbericht.) Neben dem schon gemeldeten Streik der Arbeiter in der Schaufelhütte in Wistritz ist am gleichen Tage im Kupferwerke in Pömmelke gleichfalls der Streik ausgebrochen. Auch dort erklärten die Arbeiter, daß sie in diesem vertragslosen Zustand nicht arbeiten wollen und haben fast einstimmig beschlossen, die Arbeit niederzulegen. Von Seiten der Direktion wurde gedroht, daß alle Arbeiter, welche die Arbeit nicht wieder aufnehmen, entlassen werden sollen. Nach eingelangter Mitteilung ist Montag auch die Arbeiterchaft der „Es-la“-Fahrerwerke in Eger in Streik getreten. In den Kupferwerken Böhmens kommen 550 und in den „Es-la“-Fahrerwerken 200 Arbeiter in Betracht. Es besteht die Gefahr, falls nicht Verhandlungen eine Beilegung der Differenzen ermöglichen sollten, daß sich der Streik noch weiter ausdehnt.

Die Bochumer Revierkonferenz gegen die Kommunisten!

Aus der Mitte der in Bochum stattgefundenen Revierkonferenz wurde gegenüber dem kommunistisch-unionistischen Zersplitterungstreiben folgende Entschlieung eingebracht und gegen zwei Stimmen angenommen:

„Die am 17. Mai in Bochum tagende Revierkonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands für das Ruhrgebiet wendet sich mit aller Schärfe gegen das häßliche Gebaren der S. P. D. und Union, die in der Stunde der höchsten Kraftanstrengung der Ruhrbergarbeiter ihre ganze Aufgabe darin erblicken, Mißtrauen zwischen den Führern und den Massen unseres Verbandes zu schaffen. Die Ruhrbergarbeiter stehen in ihrem berechtigten Abwehrkampf einmütig und geschlossen hinter der Organisation. Mit Unterstützung wenden sich die versammelten Delegierten gegen die gemeine und vergiftende Propaganda, die von der S. P. D. und Union gegen die berufenen Führer unseres Verbandes geführt wird. Die Führer unseres Verbandes gehen, das sei deutlich und klar vor aller Öffentlichkeit betont, ganz besonders in dieser Stunde unser volles Vertrauen. Das herabsetzende Geschimpfe der kommunistischen Saboteure unserer Einheitsfront richtet sich letzten Endes nicht nur gegen unsere Führer, sondern auch gegen uns selbst, die wir das Rückgrat der Organisation bilden. Mit allen Mitteln versuchen die Moskauer Beauftragten der Union und der S. P. D. die im Ruhrbergbau schwebenden Differenzen zur Durchführung ihrer politischen und diktatorischen Ziele auszubenten. In der kommunistischen Presse, durch in Millionen von Exemplaren verteilten Flugblättern, in Versammlungsreden usw. fordern diese gewagten Spieler mit dem Wohl und Wehe der Ruhrbergarbeiter in offener und verstedter Form zu Plünderung und sonstiger Gewalttätigkeit auf. Kameraden, lehnt den Appell an die niedrigsten Instanzen entschieden ab und zeigt den gefährlichen Aposteln der Gewalt, daß ihr nicht gewillt seid, unsere Kampforganisation in den Sumpf der Gemeinheit und politischen Verworfenheit sieben zu lassen! Kameraden, steht geschlossen, duldet keine Abspaltung und Gewalttätigkeit, rüchhaltiges Vertrauen zur Organisation und deren Führerschaft gibt uns die beste Gewähr für die erfolgreiche Beendigung des uns aufgezwungenen schmerzlichen Kampfes.“

Zurchtbare Industriekrise in Polen.

Königshütte, 19. Mai. (Wolff.) Die Wirtschaftskrise in Polnisch-Oberschlesien nimmt immer größeren Umfang an. In der letzten Sitzung des Betriebsrates der Königshütte ließ die Direktion erklären, daß das Werk binnen vier Wochen infolge Mangels an Aufträgen und an Absatz vollständig stillgelegt werden muß und daß weitere umfangreiche Kündigungen zum 1. Juni d. J. bevorstehen. Auf der nur noch zum Teile arbeitenden Laurahütte wurden jetzt auch sämtlichen Beamten, einschließlich der Direktoren, die Kündigungen zugestellt. Die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen haben eine ungeheure Abwanderung zur Folge. Nach einer Mitteilung der Abwanderungsstelle Myslowitz sind in der Zeit vom 15. April bis 15. Mai nicht weniger als 6000 Arbeiter abgewandert, und zwar hauptsächlich nach Frankreich, Belgien und Südamerika.

Die Fälscher und Schwindler.

Daß die Kommunisten es mit der Wahrheit nicht genau nehmen, haben wir wiederholt nachgewiesen und erst unlängst haben wir an dem Beispiel der „Internationale“ gezeigt, daß die „Kompromittierten“ auch vor Zitate n fälschungen nicht zurückschrecken, wenn es sich darum handelt, die tägliche kommunistische Behauptung, daß die Sozialdemokraten Lumpen und Arbeiterverräter seien, durch „Tatsachen“ zu stützen. Was der „Internationale“ recht ist, ist dem „Vorwärts“ in Reichenberg billig. In seiner Sonntagsnummer zitiert er einen Satz aus dem Solinger sozialdemokratischen Organ folgenbermaßen: „Zehn Kommunisten blieben auf der Straße und es ist nur zu bedauern, daß das Gefindel in Halle nochmals so glimpflich davongelassen ist“. Ob der Satz, den der „Vorwärts“ hier aus dem Zusammenhang gerissen hat, in unserem Solinger Bruderblatt wirklich so stand, können wir im Augenblick nicht überprüfen. Sicher aber ist, daß sich das „Gefindel“ auf die hakenkreuzistischen Mörder von Halle bezieht. Der „Vorwärts“ jedoch setzt seinen Lesern die infame Lüge vor, daß das sozialdemokratische Blatt mit dem „Gefindel“ die Hallenser Kommunisten gemeint hätte. Der „Vorwärts“ aber braucht solche Fälschungen zum Aufputz seines Inhaltes, der in jeder Nummer fast ausschließlich gegen die Sozialdemokraten gerichtet ist. Den Kampf gegen das Bürgertum und den Kapitalismus überläßt der „Vorwärts“ den von ihm beschimpften Sozialdemokraten.

Es ist kein Zufall, daß gerade in den letzten Tagen die Flut der Lügen und Verleumdungen, die die Kommunisten über die Sozialdemokraten ausgießen, gewaltig gestiegen ist. Die Kommunisten hatten erwartet, daß die Wahlen in Frankreich ihnen einen kolossalen Sieg, den Sozialdemokraten aber eine „vernichtende“ Niederlage bringen werden. Statt dessen haben die Kommunisten, denen es zur Zeit der Spaltung der französischen Partei gelungen war, die übergroße Mehrheit der sozialistischen Arbeiterschaft in Frankreich auf ihre Seite zu bringen, nur 27 Mandate (nicht wie ursprünglich gemeldet wurde 29) erobert, während den französischen Sozialdemokraten 102 Sitze zufielen. Diese Tatsache mag wohl auch den kommunistischen Arbeitern von Reichenberg allenhand zu denken gegeben haben und deswegen schreiben die Vorwärtsredakteure sich jetzt die Finger wund, um nachzuweisen, daß zwar, infolge des abnormen französischen Wahlrechts, die Mandatzahl der Sozialdemokraten fast das Vierfache von der der Kommunisten beträgt, daß aber der Stimmenanzahl nach die Kommunisten einen kolossalen Sieg erfochten hätten, während man bei den Sozialdemokraten nur von einem Sieg in Gänzlichkeiten reden könne. Zum Beweis dieser Behauptung führt der „Vorwärts“ das Abstimmungsergebnis aus einigen Departements an, aus dem hervorgehen soll, daß der kommunistische Einfluß gerade in den industriellen Bezirken Frankreichs, im nordöstlichen Viertel, wo Bergbau und zahlreiche Fertigungsindustrien vorherrschen, am stärksten sei. Hierzu ist zunächst zu bemerken, daß von den 27 kommunistischen Abgeordneten allein 18 in Paris gewählt wurden, so daß also für die gesamten industriellen Bezirke nur neun Mandate bleiben. Ferner: im Departement Haute-Vienne erhielten die sozialistischen Abgeordneten 50.000, die Kommunisten 50 Stimmen; im Kohlengebiet des Pas-de-Calais haben die Kommunisten überhaupt kein Mandat; in den industriellen Departements von Saone und Loire, wo sich die ungeheuren Arbeitermassen befinden, erhielten die Kommunisten 6400 gegen 67.718 sozialistische Stimmen. Die Kommunisten haben allerdings insgesamt 900.000 Stimmen auf sich vereinigt. Daß aber den Sozialdemokraten allein in den wenigen Wahlkreisen, in denen sie selbstständig auftraten, 330.000 Stimmen zufielen, be-

Der Leib der Mutter. 49

Roman von Else Feldmann.

Laich ballte die Fäuste. Ohnmächtig stand er all diesem Jammer gegenüber; was würde der Gastwirt ihm antworten, wenn er ihm vorhalten wollte . . . Er schrieb in sein Merkbuch ein paar Notizen, unzusammenhängende Sätze, wie er sie manchmal aufschrieb und aus denen vielleicht einmal ein Artikel werden sollte! . . . Niemals ein Weib beleidigen, wie niedrig auch im Range es wäre. — — — In jedem Weibe die Mutter achten, dann wäre es auch nicht möglich, den Leib eines Weibes zu schänden — — — denn es ist der Leib der Mutter . . .

Es sank der Abend. Von einem Turme schlug es sechs. Laich war mit seiner Arbeit noch nicht zu Ende gekommen. Es war ein Artikel über eine neue photographische Erfindung. Morgen sollte er im Blatte erscheinen, gleichzeitig würden alle anderen Zeitungen darüber berichten. Der Artikel mußte heute abgeschlossen und in die Redaktion getragen werden. Wie er sich auch quälte, er konnte vor neugieriger Unruhe nichts tun. Er lief die sechs Schritte im Zimmer umher, ließ ans Fenster, zur Tür, warf sich auf's Bett. Dieses Zimmer ertrag ich nicht länger, herrschte er sich an. Hier macht mich alles krank. In jeder Wanddecke liegt die Gemeinheit des Gastwirtes. Hier riecht es nach Moder und Mäusen. Das ist ein unbewohnbarer Raum, aber der Schurke von Hotelleiter nützt ihn aus, er macht

ein billiges Zimmer daraus, sperrt einen armen Menschen, der wenig Geld hat, dort hinein: legt dich Hund und Fisch! Dieses schäbige braune Holzbett, diese alberne Schnitzerei eines Rosenkranzes am Kopfende, dieses abgenutzte Nachtkästchen, dieser eintürige Schrank, die Walschleiertheit, der kleine Tisch mit der schmutzigen grünen Decke — in der Mitte der große Tintenfleck — die Wasserflasche mit dem Glas — der Kellengeruch, wenn das Fenster geschlossen, der Geruch von ranziger Margarine und gekochtem Gemüse, wenn es offen war. Der Briefträger kam mit der Abendpost. Man hörte seine knarrenden Stiefel auf der Treppe. (Für ihn brachte er niemals einen Brief.) Laich machte eine Pause. Er ruhte aus, sammelte seine Gedanken. Es war bis acht Uhr Zeit, daß er mit dem Artikel ankam. Immer wieder zog es ihn ans Fenster. Er sah in den Hof. War das der Briefträger, der dort beim Küchenfenster stand? Er hatte immer eine lange Unterredung mit der Köchin, sie steckte ihm wohl einen Bissen zu — hinter dem Rücken der Frau, als Dank für gute Nachrichten. Nach einer halben Stunde stand dort noch immer jemand. Das war nicht der Briefträger. Es war derselbe, der gestern dort war. Laich setzte sich an den Tisch. Ich bleibe hier — ich gehe nicht aus. Ich verschließe Türen und Fenster. Er verhängte die Fenster. Es wurde acht und der Artikel war noch nicht beendet. Er sah noch immer auf einem Fleck, ganz ruhig, erstarrt . . . er horchte auf einen Laut, der von draußen kam . . . Es klopfte. Er fuhr zusammen, fragte, wer ist es?

Das neue Zimmernädchen. Eine große, hagere Person stand in der Tür. Danke, ich brauche nichts, sagte er und machte wieder zu. Dann eilte er ihr nach — oder — Sie können für mich eine Flasche Wein bringen, eine Flasche Wein und eine Flasche Kognak. Nach fünf Minuten kam sie mit beiden Flaschen. Er gab ihr ein Trinkgeld, dann sagte er: bleiben Sie hier. Sie lächelte und fragte: Was glaubt der Herr? Sie schämte sich, die Scham einer Frau, die seinen Reiz mehr hätte, wenn der Mann danach suchen würde. Er verstand sie. Das macht nichts, sagte er — trinken Sie, Sie werden es leichter ertragen. Sie verstand ihn nicht. Wann gehen Sie zu Bett? fragte er. Ich weiß nicht den Brauch. Ich bin den ersten Tag da. Haben Sie ihre Schlafkammer gesehen? Ja. Wie finden Sie sie? Es ist ein Dach über dem Kopf. Jawohl — aber es ist kein Fenster für die Augen. Es gehört zum Bügelzimmer. Jawohl, zum Bügelzimmer — woflan, drum sollen Sie trinken! Er schenkte ihr das Glas voll. Sie trank es aus. Dann trank er aus demselben Glas. Das macht warm, sagte er, trinken Sie! Damit Sie nicht merken, wie elend man sie gebettet hat.

Das Mädchen trank noch ein wenig, dann schlich es sich hinaus. Laich sah vor dem Glase. Ach wie wohl ist mir! Wie leicht ist mein Kopf. Es gibt keine Schmerzen auf der Welt. Das alles sind Phantasien. — Von mir erfundene Gespensterromane . . . Wäre das Mädchen nicht weggegangen, dann wäre wer weiß, was geschehen. Sie hatte so hohe, lange Beine . . . Jetzt ist es genug, sagte er sich — Schlaf. — Nichts mehr getrunken. — — — Hinaus in die goldene Freiheit. — Er nahm Hut und Mantel. Wie wohl ist mir — wie wohl — sprach er leise zu sich, während er die Treppen hinunter in die dunkle Nacht hinaufging. Da stand er auf einmal wieder. Er hatte nur ein wenig im Gehen nachgedacht und sogar an entlegene Dinge. An seine Gymnastikzeit und an eine noch frühere Kinderzeit. Und zuletzt dachte er an eine teure Glasplatte, die ihm vor einiger Zeit entglitten und die er von dem Verdienste eines Monats ersetzen mußte. Ein kleiner Unfall war das damals und er hatte es so gut gewußt, daß die Platte ihm entglitten würde. Schon gut, hatte er mit sich selbst gesprochen — ich sehe sie schon fallen . . . und wie von selbst war sie richtig in hundert Scherben vor seinen Füßen gelegen. Vergeblich rief er sich zurück, wie er hätte verhüten können — er hatte gar keinen Anlaß gehabt, die Glasplatte aus dem Rahmen zu nehmen — er tat es nur so . . . und da war sie hin — — — und er hatte dafür einen Monat zu hungern und zu entbehren. (Schluß folgt.)

Internationaler Kapitalisten Wahlspruch.



Was ich bin und was ich habe, dank ich Dir, mein Vaterland!

weist, daß auch die Zahl der Stimmen, die die Sozialdemokratie bekam, ein Vielfaches von der Stimmenanzahl der Kommunisten beträgt.

Um den Kommunisten den Kredit des für sie ungünstigen zahlenmäßigen Verhältnisses zwischen ihren französischen Parteigenossen und den französischen Sozialdemokraten etwas erträglicher zu gestalten, hält der „Vorwärts“ außerdem noch in einem Leitartikel gewissermaßen Generalabrechnung, indem er den Ländern, in welchen im letzten Jahre die Sozialdemokraten Wahlsiege erfochten, jene Länder gegenüberstellt, in denen die Kommunisten siegreich waren. Der Stolz der Kommunisten ist Deutschland, obwohl dort die Sozialdemokratie noch immer um die Hälfte mehr Stimmen hat als die Kommunisten, ist Italien, wo dank der Spaltungstätigkeit der Kommunisten weder von diesen noch von den Sozialdemokraten Kennenwertes übrig geblieben ist, ist das dunkle Bulgarien und das noch dunklere Karpathenrußland. Aus England, wo die Kommunisten vollkommen leer ausgingen, während die sozialdemokratisch geführte Arbeiterpartei die stärkste der Parteien des Landes wurde, macht sich der „Vorwärts“ nichts und die Wahlniederlage der Kommunisten in Finnland, wo die Sozialdemokraten „etwa ein halbes Dutzend Mandate“ hinzugewannen, erklärt sich der „Vorwärts“ die Wahlniederlage der Kommunisten aus der dort herrschenden Diktatur. Es scheinen also in Finnland, wenn man dem „Vorwärts“ vertraut, politische ähnliche Verhältnisse wie in Rußland zu herrschen, nur daß sich dort die Diktatur gegen die Sozialdemokraten richtet. Von dem ungeheuren letzten Wahlerfolg der Sozialdemokratie in Oesterreich nimmt der „Vorwärts“ in seinem vergleichenden Artikel ebensowenig Notiz wie von dem glänzenden Wahlsieg der starken dänischen Bruderpartei, die vor wenigen Wochen erst neue Parlamentskräfte hinzugewann. Unangenehme Dinge läßt man eben, nach dem Rezept des „Vorwärts“, links liegen.

Am Schlusse seines Artikels verwahrt sich dann der „Vorwärts“ gegen die sozialdemokratische Feststellung, daß die Kommunisten nicht wissen, was sie mit ihren Mandaten, dort wo sie welche bekommen haben, anfangen sollen und verspricht den kommunistischen Arbeitern „die Parlamentarische Kampfes“ zu benutzen. Wir wären dem „Vorwärts“ sehr verbunden, wenn er in einer seiner nächsten Nummern mitteilen würde, welche Früchte und Erfolge die kommunistische Aufrüttelung und der kommunistische außerparlamentarische Kampf bisher gezeitigt hat. Bisher zermarterten wir uns vergebens den Kopf, um einen einzigen sichtbaren Erfolg der Kommunisten feststellen zu können. Wir beschäftigen uns insbesondere andauernd mit jenen Ländern, auf die der „Vorwärts“ wegen der erfolgten kommunistischen Siege besonders stolz ist. Leider bleiben aber selbst Italien, Bulgarien und Karpathenrußland weiße Blätter. Wir sind darum auf das Material neugierig, das uns der „Vorwärts“ zur Verfügung stellen wird.

Inland.

In weissen Diensten steht die Tribuna?

Kurz nach dem Umsturz haben tschechisch-jüdische Kapitalisten ein Tagblatt, die „Tribuna“ gegründet, welches die Interessen dieser Schichten vertreten und politisch in den Bahnen des Masarykischen Realismus wandeln sollte. Die erwähnte Gruppe tschechischer Juden hat, wie Dr. Lederer in dem Legionärblatt „Narodni Osvození“ schreibt, drei Millionen zur Gründung der „Tribuna“ beigegeben, weitere zwei Millionen haben verschiedene industrielle Organisationen gegeben. Bald danach wurden die Aktionäre aufgefordert, einem gewissen Herrn Oesterreicher eine durch 15 Jahre nicht widerrufliche Vollmacht zu unterschreiben, weil angeblich die an der Gründung beteiligten industriellen Organisationen das Blatt ganz in ihre Hände bringen wollten. Als das Defizit an dem Blatte sich immer mehr vergrößerte, tauchte plötzlich in der Bilanz der Posten von einer Million Kronen neu herausgegebener Aktien auf, deren Zeichner nicht genannt sein wollte, aber die „Tribuna“ dank dieser Injektion des ungenannten Wohlthäters weiter und da trat ein neuer Wohlthäter auf, der dem Blatt angeblich vier Millionen spendete. Von wem dieses viele Geld stammt, wird ängstlich verschwiegen, aber es tauchen Gerüchte auf, daß hinter dem Geldgeber die Witkower Eisenwerke und Castiglioni ständen. (Schon früher wurde erzählt, daß auch der ehemalige Senatspräsident Prázel an dem Blatt beteiligt ist.) Zum Schluss fragt sich der Autor des Artikels, warum Kapitalisten in einer Unternehmung Millionen investieren, das früher oder später exekutiv verkauft werden könnte. — Die Antwort darauf können wir Herrn Dr. Lederer leicht geben. Es handelt sich bei den Kapitalisten, die das Blatt stützen, hauptsächlich darum, politischen Einfluß zu gewinnen. Dem politischen Ansehen der „Tribuna“ und dem Kredit der Kapitalisten, die schon jetzt Aktien besitzen, würde es nicht gerade nützen, wenn das Blatt in Konkurs ginge. Es ist nicht unmöglich, daß gerade diejenigen Kapitalistengruppen, die im Gegensatz zur Zivnostenska Banka, deren Sprachrohr die „Narodni Listy“ sind, sich in den Besitz der „Tribuna“ setzen wollen, damit sie als Gegengewicht gegen die „Narodni Listy“ ein Organ haben.

Gemeindevahlen in Weiskirchen. Bei den Gemeindevahlen, die ruhig verlaufen sind, wur-

den im ganzen 4649 Stimmen abgegeben. Bei den letzten Gemeindevahlen im April 1920 3722 (Stimmen.) Wahljahr 126. Von den abgegebenen waren 19 ungültig. Es erhielten: tschechoslowakische Sozialisten 447 Stimmen mit vier Mandaten (im Vorjahre 1920 400 Stimmen mit vier Mandaten), tschechoslowakische Volksparteier 1352 Stimmen mit elf Mandaten (875 Stimmen mit neun Mandaten), tschechoslowakische Sozialdemokraten 745 Stimmen mit sechs Mandaten (777 Stimmen mit sieben Mandaten), deutsche Sozialdemokraten 134 Stimmen mit einem Mandat, Gewerbetreibende 405 Stimmen mit drei Mandaten (im Jahre 1920 gemeinsam mit den Nationaldemokraten und den Republikanern 1047 Stimmen mit zehn Mandaten, Juden 144 Stimmen mit einem Mandat (170 Stimmen mit zwei Mandaten), Nationaldemokraten 683 Stimmen mit fünf Mandaten, Deutschnationale 360 Stimmen mit drei Mandaten (319 Stimmen mit drei Mandaten), Republikaner 236 Stimmen mit zwei Mandaten.

Ein Aufruf der tschechischen Sozialdemokratie warnt die Parteigehörigen vor den Antrieben der Kommunisten und der Reaktion. Die reaktionären Kreise nehmen auch in der Tschechoslowakei zu, weshalb größte Aufmerksamkeit und Bereitschaft notwendig sei. Die Arbeiterschaft müsse sich bemühen sein, daß ihre sozialen Interessen einen Einfluß auf die tschechoslowakische Außen- und Innenpolitik erfordern. In der Innenpolitik Demokratie und nationale Freiheit! Die Arbeiterschaft habe in England und in Dänemark die Regierung an sich gerissen, in Frankreich habe sie die bürgerliche Reaktion besiegt, in Finnland siege sie, und auch in Deutschland sei sie der Sozialdemokratie treu geblieben. Den Weltfrieden kann nur die Sozialdemokratie garantieren.

Ausland.

Polens auswärtige und innere Politik.

(Von unserem Berichterstatter.)

e. g. Wirtschaftlich steht Polen im Zeichen einer schweren Krise. Die Regierungsparteien behaupten, daß es der Gesundungsprozess sei, den eine radikale Steuer- und Sozialpolitik und insbesondere die Blotheinführung mit sich bringen. Die Teuerung ist im Steigen begriffen, die Brotpreise sind höher als in der Tschechoslowakei. Fortwährende Lohnforderungen und Streiks sind die unausbleibliche Folge. Mitten in diese schwere Krise und in die Einführung der Blothwahrung kamen die französischen Wahlen. Nur vor den engen Zusammenhang der äußeren als auch inneren Politik Polens mit der seines „großen“ Verbündeten Frankreich kennt, kann den niederschmetternden Eindruck verstehen, den die Wahlniederlage Poincarés in Polens Regierungskreisen hervorgerufen hat. Just zur selben Zeit, als der Senatsmarschall Trompezniski mit gewichtigem Pathos ankündigte, daß Polen den Verfall der

Verträge bezüglich des Abkommens über den Schutz der Minderheiten kündigen werde, weil er eine Einmischung des Völkerbundes in die inneren Angelegenheiten Polens darstelle, gerade als Polen die diplomatischen Niederlagen Seydas, Imowstis und Jamoskiss durch eine Politik der starken Hand gegenüber den Minderheiten krönen wollte, haben Frankreichs erste Männer den Aufruf gegen den weißen Terror in Polen unterschrieben, hat Tschitscherin die Note über die Behandlung der Weiskrussen und Ukrainer in Warschau überreichen lassen. Jetzt ist Poincaré, der Hort der Nationalisten, gestürzt. Die Regierung in Warschau möchte gern aus der Sackgasse, in die sie eine vierjährige Politik des Chauvinismus getrieben hat. Aber guter Rat ist teuer. Die nationalistische Presse tobt, tobt gegen Rainlév den morgigen Mann Frankreichs, versucht Leon Blum in den Kot ihrer antisemitischen Gemeinheiten zu ziehen und in ihrer blindwütenden Ohnmacht einen Romain Rolland zu besudeln. Die Einsichtigeren wollen leugnen, die Anklagen abschwächen gegen hunderte von Beweisen, die dem Sabismus in den polnischen Gefängnissen ein grauenvolles Denkmal setzen. Die Regierung hat den Gefangenen in Paris Dr. Chlapowski zur persönlichen Berichterstattung nach Warschau geladen. Der Numerus clausus ist zwar nicht zum geschriebenen Gesetz geworden, aber via facti wird er in der hohnsprechendsten Weise gehandhabt nicht nur bei der Zulassung der Hörer an den Universitäten, sondern auch bei der Anstellung der Beamten. Polen, das über 35 Prozent Minderheiten umfaßt, nimmt diesen in der rohesten Weise die Volksschulen. Den Höhepunkt erreicht die nationalistische Diktatur in den Ostprovinzen. Der Versuch der Nationalisten aber der Gewalt den Stempel des Rechtes aufzubringen, muß gerade im entscheidenden Augenblick verfallen, da in Frankreich der Umschwung der Politik einsetzt. Mehr noch. Die Gefahr wird drohender, daß das neue Frankreich sich mit Rußland in irgendeiner Weise an den Konferenztisch setzt, sich mit dem einstigen Verbündeten friedlich einigt. Damit fällt für Frankreich der wichtigste Antriebsfort, im Osten eine so gewaltige Militärmacht, wie sie Polen unterhält, finanziell zu unterstützen. Noch setzen die Kriegsheter ihre Hoffnungen auf zwei Möglichkeiten. Einmal auf die Haltung der französischen geeinigten Sozialisten, die möglicherweise den Eintritt in die Regierung ablehnen werden. Der Beschluß der französischen Genossen auf ihrem Parteitag wird deshalb auch von entscheidender Bedeutung für die Gestaltung der europäischen Lage und insbesondere auch auf die Politik Polens werden. Zum zweiten läßt die in Deutschland wieder neu und frech ihr Haupt erhebende Reaktion neues Wasser auf die Mühlen der Imperialisten treiben. Das Gefahrenmoment hat sich tatsächlich von Frankreich nach Deutschland verschoben und es wird die größte Anstrengung der dortigen Demokraten, insbesondere aber der Sozialdemokraten erheischen, nicht nur um Deutschland zu retten, sondern auch um den Minderheiten in Europas bunter Staatenkarte zu helfen. MacDonald hat in seiner großen Rede im Albert Hall auf die übertriebenen und unnützen Rüstungen der Kleinstaaten hingewiesen, und hat in erster Linie Polen genannt, dessen Budget in übermäßiger

Weise durch die Militärlasten belastet wird, ist doch Polen nach Frankreich die größte Militärmacht am Kontinent. Die jetzige Konstellation in Europa, insbesondere in England und Frankreich wird nicht ohne Einfluß auf die Politik Polens bleiben. Jamoski, der unmögliche Außenminister, wird gehen. Schon werden Strzyski und der Gesandte in New York Dr. Wróblewski als seine Nachfolger genannt. Weitere Veränderungen im Kabinett werden vorausgesetzt. Die nächste Zeit schon wird Gen. ... der Wiederaufbau Europa ... Demokratie möglich ist.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie hat den Parteitag für Mittwoch, den 11. Juni 1924 nach Berlin. Gebäude des preussischen Landtages einberufen.

Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Bericht des Parteivorstandes
 - a) Allgemeines. — Berichterstatter Otto Weiskopf,
 - b) Agitation, Organisation und Kasse. — Berichterstatter: Fr. Barfels, R. Ludwig.
2. Bericht der Kontrollkommission. — Berichterstatter: Friedr. Brühne.
3. Bericht der Reichstagsfraktion. — Berichterstatter: Hermann Müller.
4. Das Organisationsstatut. — Berichterstatter: R. G. Lipinski, Leipzig.
5. Die Sozialdemokratie und die Landwirtschaft. — Referent: Wilhelm Sellig.
6. Die Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie. — Referent: Dr. Hilferding.
7. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.
8. Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tagesordnung noch nicht erledigt sind.
- Am Sonntag, den 15. Juni 1924 vormittag 10 Uhr findet im Landtagsgebäude in Berlin eine Frauenkonferenz statt. Vorläufige Tagesordnung: Die Frauen und die Wahlen.

Telegramme.

Regierungstreue der Deutschen Nationalen.

Berlin, 19. Mai. (Eigenbericht.) Im Reichstag fanden heute die ersten offiziellen Besprechungen der bürgerlichen Mittelparteien statt, die zunächst ergebnislos verliefen und morgen fortgesetzt werden sollen. In erster Linie soll ein außenpolitisches Programm ausgearbeitet werden. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hatte heute ihre erste Sitzung unter dem Vorsitz des früheren Reichsanzalters Fehrenbach. Am Ende der Sitzung stellte dieser fest, daß gegen die Annahme des Sachverständigenausschusses in der Zentrumsfraktion sich keine Stimme erhebe. Von der Zentrumsseite wird diese Feststellung dahin ausgelegt, daß das Zentrum das Sachverständigenausschusses nicht als Grundlage zu Verhandlungen, sondern als Grundlage der zukünftigen Regierungspolitik angesehen wissen wolle.

Die Uebereinstimmung zwischen den Parteien der Mitte scheint allerdings nicht restlos zu sein. Bekannt ist, daß zum wenigsten die deutsche Volkspartei intensiv daran arbeitet, die Brücke zu den Deutschnationalen zu bauen. Diese Brücke soll dadurch gefunden werden, daß man das Sachverständigenausschusses als Grundlage zu Verhandlungen bezeichnet, womit den Deutschnationalen die Möglichkeit gegeben werden soll, auf eine gemeinsame Basis zu treten. Wenig scheint die Aussicht einer solchen Verständigung mit den Deutschnationalen nach wie vor gering. Die bürgerlichen Pressekorrespondenten berichten, daß nach wie vor eine Regierung der Mitte mit Unterstützung der Linken das Wahrscheinlichste sei.

Trotzdem man auch hier diese Lösung für die wahrscheinlichere, wenn nicht sicherere hält, so muß doch betont werden, daß bis zur endgültigen Erledigung der augenblicklichen Krise, die in Deutschland keineswegs nur als eine Regierungskrise, sondern als eine Krise unseres ganzen Staatsgefüges zu betrachten ist, es noch manche Auseinandersetzungen und möglicherweise auch noch manche Ueberraschungen geben wird. Die Deutschnationalen, die einen ungestümen und ausgesprochenen Drang zur Macht fühlen und unter allen Umständen in irgend einer Form an der Regierung beteiligt sein wollen, werden jedenfalls nichts unberücksichtigt lassen, um dieses Ziel zu erreichen.

Hannover bleibt bei Preußen.

Hannover, 18. Mai. (Wolff.) Die heutige Vorabstimmung, ob eine Volksabstimmung über die Bildung eines selbständigen Landes Hannover stattfinden soll, hat bereits für ein Verbleiben Hannovers bei Preußen entschieden. Die Anhänger der Abtrennung Hannovers, die ein Drittel der Gesamtzahl der Wahlberechtigten, nämlich 500.000 Stimmen hätten aufbringen müssen, haben nur 438.960 Stimmen erhalten.

Der Bluttag von Halle im preussischen Landtag.

Berlin, 19. Mai. (Eigenbericht.) Am Dienstag tritt der preussische Landtag zu einer kürzeren Sitzung zusammen. Der Schwerpunkt seiner Beratungen wird jedenfalls eine Aussprache über die gespannte politische Lage in Preussen sein. Die Kommunisten haben wegen der Vorgänge in Halle einen Misstrauensantrag gegen das gesamte Staatsministerium, dessen Rücktritt gefordert wird, und insbesondere gegen den Innenminister Genossen Seevering eingereicht. Die sozialdemokratische Fraktion hat eine große Anfrage eingebracht, in der um Auskunft darüber ersucht wird, aus welchen Gründen man die Veranlassung in Halle genehmigt habe, trotzdem man am ersten Mai die Umzüge der Arbeiter verboten habe und trotzdem man hätte wissen müssen, daß die Tagung in Halle zu monarchistischen Kundgebungen ausgenutzt werden würde. Ferner fragt die sozialdemokratische Fraktion an, was das Staatsministerium zu tun gedenke, um den Propagandisten des Bürgerkrieges in Preussen mit aller Energie entgegenzutreten und ein Wiederaufkommen früherer Zustände unmöglich zu machen.

Der Geist Boincarés spukt weiter.

Beschlagnahme deutschen Eigentums.

Düsseldorf, 19. Mai. (Wolff.) Die Franzosen haben der Stadt den Auftrag erteilt, mit dem Bau der neuen Artillerielafette, welchen die Stadt seinerzeit verweigert hat, am 17. Mai zu beginnen, widrigenfalls die Spitze der Stadtvertretung und die Fraktionsführer der Stadtvertretung verhaftet werden sollten. Da der Bau nicht begonnen hat, haben die Franzosen heute eine Reihe wichtiger Gebäude beschlagnahmt, darunter sämtliche 145, seinerzeit für die Schulp errichteten Wohnungen, weiter den Kunstpalast, in welchem am 1. Juni die diesjährige große Kunstausstellung eröffnet werden sollte, und die erst dieser Tage wieder eröffneten Säle des zoologischen Gartens. Die Franzosen haben in den letzten Tagen neu ausgehobene Resten nach Düsseldorf gebracht.

Vor dem französischen Parteitag.

Kombinationen über die Zusammensetzung des Kabinetts Herriot.

Paris, 19. Mai. Die Kombinationen über die Zusammensetzung des künftigen Kabinetts nehmen in der Presse ihren Fortgang. Der „Paris Soir“ glaubt zu wissen, daß im Falle der Zustimmung der Sozialdemokraten in einem Kabinetts Herriot Barenne das Innere, Aurio die Finanzen, Paul Boncour die Kriegsmateriale, Moutet die Justiz, Leon Blum vielleicht das Aeußere übernehmen wird. Wenn die Sozialdemokraten sich auf eine bloße Unterstützung des Kabinetts beschränken sollten, hätte Herriot die Absicht, den Vorsitz im Ministerrat ohne jedes Portefeuille zu übernehmen. Er würde das Aeußere Briand anbieten und Painlevé würde Kriegsminister werden.

Caillaux lehrt ins politische Leben zurück.

Paris, 19. Mai. (Eigenbericht.) Unter die Amnestie, die eine der ersten gesetzgeberischen Maßnahmen der neuen Kammer sein wird, wird unter anderem auch der ehemalige Ministerpräsident Caillaux fallen, der auf Betreiben Clemenceaus vom Obersten Staatsgerichtshof wegen angeblichen Einvernehmens mit dem Feinde zu langjähriger Verbannung verurteilt war. Caillaux, einer der fähigsten Köpfe, über die die Linke verfügt, wird aller Voraussicht nach sehr bald Gelegenheit haben, sich wieder aktiv an der Politik zu betätigen. In den Kreisen der neuen Mehrheit beabsichtigt man, Caillaux für den durch den Tod des Senators d'Estournelles des Constantes freigewordenen Sitz im Departement Sarthe zu präsentieren. Von der Amnestie der künftigen Regierung sollen auch die zahlreichen, unter der Aera des Nationalen Bloks gemahregelten und entlassenen Beamten erfasst werden, insbesondere auch über 20.000 Eisenbahner, die nach dem großen verunglückten Streik im Jahre 1920 entlassen worden sind.

Beness Auslandstournee.

Budapest, 19. Mai. „Besti Naplo“ veröffentlicht einen Leitartikel, welcher der Reise Dr. Beness nach Rom gewidmet ist. In den Vereinbarungen Italiens mit der Tschechoslowakei sieht „Besti Naplo“ eine Umklammerung Magyariens, welche die Erhaltung des Friedens sichern soll, und in der Klausel der Aufrechterhaltung der Ordnung in Mitteleuropa eine polizeiliche Überwachung Magyariens. „Besti Naplo“ befaßt sich sodann mit der magyarischen Außenpolitik und meint, daß Magyariens nicht nur den Krieg verloren habe, sondern jetzt auch den Frieden verliert.

Rom, 19. Mai. Die Presse hebt allgemein hervor, daß ein vollkommenes Einvernehmen über die Basis einer politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit und die Erhaltung der Mitteleuropas betreffenden Friedensverträge erzielt wurde, und spricht die Ueberzeugung aus, daß der

neue tschechoslowakisch-italienische Vertrag eine wichtige politische Tatsache in Hinblick auf ganz Mitteleuropa bedeutet.

Die Belgier bei Mussolini.

Mailand, 18. Mai. (Stefani.) Heute nachmittags fand im Gebäude der Präfektur die erste Unterredung zwischen dem Ministerpräsidenten Mussolini und den belgischen Ministern Theunis und Symans statt. Die belgischen Minister unterrichteten Mussolini über die Besprechungen, die sie in Paris und London über das Reparationsproblem gehabt hatten. Die drei Minister prüften sodann zum Zwecke einer freundschaftlichen Zusammenarbeit die verschiedenen Aussichten, die sich aus der durch den Sachverständigenbericht geschaffenen Lage ergeben. Die Besprechung wird morgen fortgesetzt werden.

Sakentkrenzlerische Mordbuben werden auch in Oesterreich freigeprochen.

Wien, 19. Mai. (Eigenbericht.) Heute fand vor dem Wiener Schwurgericht der Prozeß gegen die zwei Sakentkrenzler statt, die an der Ermordung des Genossen Still beteiligt waren. Am 4. Mai vorigen Jahres hatten die Sakentkrenzler in Favoriten eine Versammlung einberufen, die sie durch große Plakate anzeigten. Es sammelte sich vor dem Lokal eine größere Menge Arbeiter an. Als dann die Sakentkrenzler auf Veranlassung der Polizei durch einen rückwärtigen Ausgang abgezogen, schoßen der Mechaniker Herterich und der Postassistent Kosto auf die Arbeiter, wobei der Genosse Still erschossen wurde. Still hat noch vor seinem Tode den Herterich als denjenigen bezeichnet, der auf ihn geschossen habe. Herterich war nun heute wegen Totschlages und Kosto wegen öffentlicher Gewalttätigkeit angeklagt. Kosto hatte in der Untersuchung angegeben, daß er dem Herterich eine Pistole gegeben habe. Heute erzählte er, daß in der Versammlung, bevor die Sakentkrenzler auseinandergingen, Waffen an sie ausgeteilt worden seien. Er habe seine Waffe dem Herterich gegeben, nicht damit er schieße, sondern damit er sich der Waffe entledige.

Der Vorsitzende hielt in seinem Resumé geradezu ein Plaidoyer für die Freisprechung der Angeklagten. Die Geschworenen haben demgemäß auch sowohl die Frage auf Totschlag als auf boshafte Handlung einstimmig verneint. Herterich wurde wegen Gefährdung der körperlichen Sicherheit und Uebertretung des Waffenspatentes zu 100.000 Kronen Geldstrafe verurteilt. Bei Kosto wurde auch die Frage auf Gefährdung der körperlichen Sicherheit verneint und bloß die Frage auf Uebertretung des Waffenspatentes bejaht, wofür er zu 50.000 Kronen Geldstrafe verurteilt wurde.

Die soziale Fürsorge eines wirklichen Arbeitsministers.

Genosse Tom Shaw für die Erwerbslosen.

London, 19. Mai. (N. A.) Das Unterhaus wird sich während dieser Woche mit innerpolitischen Angelegenheiten befassen. Das gesamte Interesse konzentriert sich auf die Regierungsanträge bezüglich der Arbeitslosenfrage. Arbeitsminister Thomas Shaw kündigte in einer in Bolton gehaltenen Rede an, daß er am Donnerstag dem Unterhause einen neuen Gesetzentwurf vorlegen werde, durch welchen jeder Person, welche ohne eigenes Verschulden ihren Erwerb verloren habe, eine angemessene Unterstützung gewährt werden soll.

Noch immer keine Lösung der Regierungskrise in SHS.

Belgrad, 18. Mai. Heute mittags legte der Führer des oppositionellen Bloks Davidović das Mandat für die Bildung eines Konzentrationsskabinetts nieder. In diesem Schritte sah sich Davidović veranlaßt, weil er sich nicht die Sicherheit schaffen konnte, daß sich die neue Regierung noch vor der Verifizierung der vierzig kroatischen Abgeordnetenmandate auf eine zuverlässige absolute Mehrheit im Parlament wird stützen können. Man glaubt, daß die Regierung die Lösung der Krise bis zum Herbst verschieben wird; in der Zwischenzeit soll das Kabinetts Posttribüri die Regierungsgeschäfte provisorisch weiterführen.

Ein 100 Millionen Dollar-Kredit für Deutschland.

Paris, 18. Mai. (Savas.) Wie „New York Herald“ aus Washington meldet, habe Präsident Coolidge den Gesetzentwurf betreffend eine Anleihe von 100 Millionen Dollar zu Gunsten Deutschlands genehmigt.

Eine neue Schlappe Coolidges.

Washington, 18. Mai. (Savas.) Trotz des Einspruches des Präsidenten Coolidge hat das Repräsentantenhaus die Bonusbill angenommen, die Pensionen für alle amerikanischen Kriegsteilnehmer vorsieht.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

New York 100 Kr	Dollar	2.85.25
Berlin 100	Schweiz. Frank	16.62.50
Berlin 1	Mark	1250.00.000.000.00
Wien 1	Schweiz. Kronen	2.105.00

Prager Kurze am 19. Mai.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1276.00	1282.00
1 Billion Marc	8.05.00	8.25.00
100 belg. Francs	167.25.00	168.75.00
100 schweiz. Francs	604.00.00	607.00.00
1 Pfund Sterling	148.67.50	150.07.50
100 Lire	154.00.00	155.50.00
1 Dollar	33.95.00	34.25.00
100 franz. Francs	198.12.50	197.62.50
100 Dinar	42.65.00	43.15.00
10.000 magyar. Kronen	3.72.50	4.22.50
1.000.000 poln. Mark	6.67.00	6.73.00
10.000 österr. Kronen	4.80.50	5.00.50

Tages-Neuigkeiten.

Kleinseite, Kleine Seite . . .

Von Ferdinand Künzelmann.

Im „Lachen links“, dem Blatt unserer reichsdeutschen Genossen, lesen wir folgendes heitere Geschichtchen:

Zu Prag ist man in der Gesellschaft niemals sehr preußenfreundlich gewesen, was irgendwie mit dem Jahre 1866 zusammenhängt, und es geschah sehr selten, daß man in Prager Salons Leuten mit preussischen Namen begegnete. Auch der Krieg änderte wenig daran.

Aber einmal, im Achtzehnjahre, kamen auf der Durchreise von Wien nach Berlin in Prag zwei Preußen an, Gardeoffiziere natürlich und Trager großer Namen aus der Mark Brandenburg. Jüngerein Geheimnis war um sie herum, und die Staatshalterei hatte einen Wink gegeben, sie mit Auszeichnung zu behandeln. Sie wurden also in den zwei Tagen, die sie in Prag blieben, mit Einladungen so überschüttet, daß sie nicht einmal Zeit fanden, sich die alte schöne Stadt anzuschauen.

Am zweiten Tage waren sie bei der Fürstin Soundis, zum Tee, und ganz Prag war erschienen, um sich diese beiden geheimnisvollen Vögel aus der Nähe anzusehen.

Bloßlich, sehr früh, brachen die beiden Preußen auf, ließen sich nicht halten, sondern erklärten laut und deutlich, „daß sie, solange es hell wäre, noch schnell einmal auf die kleine Seite gehen wollten“.

Sprachen's und gingen davon. Nach verflüchtigtem Schweigen brachen hinter ihnen wackere Organe des Gelächters los.

Sie wollten die Kleinseite besuchen, diese beiden Preußen, den alten schönen Stadtteil von Prag, dessen zahllose Paläste der Pradschin heroisch überragt, aber sie hatten etwas ganz anderes gesagt, etwas recht Unsalonmäßiges sogar, denn die „Kleine Seite“, das ist im österreichischen Sprachgebrauch das, was man anderswo ein kleines Geschichtchen zu nennen pflegt. Wenn man den Kindern beigebracht hat, daß sie's sagen können, wenn sie auf die kleine Seite gehen müssen, so ist schon viel gewonnen . . .

Als sich das große Gelächter ein wenig beruhigt hatte, sagte eine alte Gräfin, der man nachsichtigste, daß sie Anno 1866 ein ziemlich weitgehendes Abenteuer mit einem preussischen Rittermeister gehabt hätte, ein Gerede, das immerhin ihre Heirat verhindert hatte, in höchster Wohlbilligung: „So sind diese Preußen — inbezug und indiscret in allen Lebenslagen!“

Es dauerte lange, bis man ihr unter neuem großen Gelächter endlich erklärte, was denn diese Herren aus Potsdam gemeint hätten.

Als sie endlich bearriff, sagte sie: „Na also. Nicht einmal deutsch reden können sie!“

Was seinen Widerspruch mehr fand . . .

Das symbolische Schiff.

Oben Franzosen — unten Polen.

Unter diesem Titel schreibt die „Lodzjer Volkszeitung“:

Am 23. April stach von Gdingen nach Frankreich der Dampfer „Pologne“ (Polen) in See.

Wer reiste auf dem Dampfer?

750 polnische Arbeiter, die für französische Gruben und Hütten bestimmt sind;

50 Auswanderer, die sich nach Brasilien und Argentinien begeben;

20 Passagiere erster Klasse, die fast alle Franzosen sind.

Dieses Schiff ist ein Symbol:

Auf dem Oberdeck, in den Luxuskajüten und in den vornehmen Salons Menschen erster Klasse, größtenteils Franzosen.

Im Schiffsboden, wo gewöhnlich Heringsfässer verstaут werden, lebende Ware: polnische Arbeiter und Auswanderer, Hauptgegenstand des polnischen Exports.

Das Schiff ist ein Symbol für ganz Polen: Oben, in Direktionen der Bergwerke und Hütten: französische Aktionäre und Direktoren.

Unten, in der Erde: polnische Arbeitsklaven.

Munition nach Rumänien und Polen. In den ersten Monaten dieses Jahres expedierten die Skodawerke zahlreiche Munitionstransporte nach Rumänien. Die politische Situation, beziehungsweise die russisch-rumänische Spannung erklärt — so sagt „Rube Pramo“ — zur Genüge die Lieferungen. Nun erhält das Blatt die Nachricht aus Raschau, daß am 15. d. auf dem Raschauer Bahn-

hof ein Wagon mit Munition eintraf, der auf telephonische Disposition Dr. Bolatscheks aus dem Ministerium für die Slowakei und des Herrn Mesinsky aus der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Budapest nach Polen dirigiert wurde. Die Skodawerke, die sich in Händen des Konzerns Schneider-Creuzot-Zimnabant befinden, bilden die militärische Verpflegsstelle aller Rußland umgebenden Staaten. Die französischen Imperialisten versorgen durch Vermittlung der Skodawerke ihre Vasallen mit Munition, damit sie ihren Interessen dienen.

Eine merkwürdige Betrugsgeschichte, die sich in Prag abspielte, wird von den „Narodni Listy“ berichtet: Die Schuhhändlerin F. F. erstattete bei der Polizei am 12. Mai die Anzeige, daß in der Mittagspause ein Dieb aus ihrem Geschäft in der Klemenstergasse 800 K Bargeld und sechs Pakete Lederschuhe im Werte von 8000 K entwendet habe. Da der Polizei diese Angaben verdächtig erschienen, forschte sie nach und stellte fest, daß Frau F. vor dem Laden gewartet hatte, bis der Diener das Rouleau absperrte, nach einer Weile zurückkehrte, einige Male am Laden vorbeiging, schließlich das Rouleau wieder öffnete und es halb offen ließ. Während Frau F. auf die Sicherheitswache gerufen wurde, fand in ihrer Wohnung eine Untersuchung statt, wobei alle angeleglich entwendeten Gegenstände wohlverwahrt im Bette vorgefunden wurden. Frau F. wunderte sich darüber sehr, als sie davon verständigt wurde und schob die Verantwortung auf ihren Gatten, der es getan haben mochte, ohne sie davon zu verständigen. Sie habe schließlich kein Interesse daran, einen Diebstahl zu fingieren, da sie doch nicht verheiratet sei. Nun aber ist Frau F. bei der „Slavia“ auf 120.000 K versichert. Außerdem kam man darauf, daß sie angeblich die gestohlenen 800 K unter dem Bufen aufgehoben hatte. Außerdem kam man während der Untersuchung einer anderen Schwindel auf die Spur. Im Jahre 1920 hatte Frau F. einen Diebstahl von Lederwaren im Werte von über 60.000 K angezeigt. Die Diebe wurden dingfest gemacht, der größte Teil zurückerstattet und Frau F. bekam von einer Wiener Versicherungsgesellschaft 21.000 K ausbezahlt. Später bekam Frau F. noch einen Teil der Lederwaren im Werte von 5000 K zurückerstattet, behielt jedoch das ganze Geld. Während der Untersuchung fehlte Frau F. alle Bebel in Bewegung wieder auf freien Fuß zu kommen. Sie wandte sich an den Detektiv, versprach ihm zuerst 1000 K, als das nichts fruchtete, versuchte sie es mit 5000 K. Auch das verging nicht. Mit Geld schien nichts zu machen, da der Detektiv selbst das Sparrassabüchel ablehnte, auf welches 36.700 K eingelegt waren. Da alle Stricke zu reißen drohten, entschloß sie sich zum Äußersten. Sie versprach dem Detektiv — sich selbst. Allerdings als angetraute Gattin, nachdem sie von ihrem Gatten, „dem aus dem Munde rieche“, geschieden sein werde. Das wollte sie besorgen. Der Detektiv war ungalant genug, auch das abzuschlagen. Frau F. wanderte in das Landesgericht.

Bischof Papp. Die Montagsausgabe des „Budapesti Hirlap“ bringt die Nachricht, daß der Ujhöröder griechisch-katholische Bischof Antal Papp von seiner Stelle abberufen werden soll. Das Blatt fügt dieser Meldung einen längeren historischen Ueberblick über das Ujhöröder Bistum hinzu und verteidigt die Person Papps. Schließlich fordert das Blatt im Namen Magyariens, daß Papp weiter in seiner Stellung belassen werden soll, da er sich mit Politik überhaupt nicht beschäftigt habe. — Wie bekannt, hat sich Bischof Papp bis jetzt geweigert, dem tschechoslowakischen Staate den Treueid zu leisten. (Tsch. P.-B.)

Herabgestürzte Gesimse. Sonntag früh ist in Prag vom Hause Eisengasse 485 ein großes Stück Gesimse herabgestürzt, wodurch der Bürgersteig und ein Teil der Fahrbahn durch den Mörtel verlegt wurden. Ein Unfall hat sich nicht ereignet. Da befürchtet wurde, daß weiteres Gesimse herabstürzen könnte, wurde die Eisengasse für jeden Verkehr abgesperrt. Montag wurden Sicherungsarbeiten vorgenommen, worauf die Gasse dem Verkehr für Fußgänger wieder freigegeben wurde.

Das schlotternde Gebein und der schiefgedrückte Verstand. Die Niederlage der französischen Gewaltpolitiker bei den Wahlen am 11. Mai wird die überwiegende Mehrzahl der Menschen als ein Zeichen der wieder erwachten Vernunft ansehen. Bei den wahren „Deutschwöllischen“ aber ist es anders. Die um Ludendorff und Hilfer, denen der Eichenknüppel das Symbol der Macht, das Strammstehen vor den Generalen, die den Krieg verloren, und vor irgendwelchen Brinslein das Zeichen der Bürgertugend, der Stierblick und das Leeren des gefüllten Maßkruges auf einen Fuß der Beweis für die Führerfähigkeit ist, haben für das Erwachen der Vernunft in Frankreich eine eigene Erklärung:

„In Verbindung mit den deutschen Wahlen ist das Ergebnis der französischen Wahlen so zu deuten, daß das erwachende nationale Deutschland den Franzosen ins schlotternde Gebein gefahren ist.“

So schreibt die „Deutsche Zeitung“ und im ähnlichen Tone die übrigen deutschwöllischen Blätter. Diese Erklärung allein ist des großen Führers Ludendorff würdig, des wahrhaft heldischen Gemütes, dem nie Furcht ins schlotternde Gebein gefahren ist, denn dann hätte er die Flucht nach Holland nicht antreten können. Mit schlotterndem Gebein ist das Laufen unmöglich, zitternd und wehrlos ist man dann dem Gegner ausgeliefert und da könnte nur Rettung erblühen, wenn man sich rasch auf den Bauch wirft und sich tot stellt. Die Franzosen haben also mit schlotterndem Gebein gewählt. Eine Erklärung, die von einem schiefgedrücktem Verstande zeugt.

Sonntägliches. Anton Supit aus Prag IV randalierte Sonntag auf dem Alsterring. Als ihm ein Polizist verhaften wollte, setzte er sich zur Wehr, so daß der Wachmann den Gummistift verwenden mußte. Erst mit Hilfe einiger Männer konnte Supit überwältigt und in ein Auto der Rettungsgesellschaft gehoben werden. Auf der Fahrt zur Polizeidirektion zerschlug er eine Fensterscheibe des Autos.

Klassenlotterziehung. Vierte Ziehung der fünften Klasse: Es gewannen: 2000 K die Lose Nr. 187.847 188.247 83.947 137.947 162.647 11.447 72.047 149.647 145.547 64.947 142.047 176.579 69.179 9079 26.279 185.979 31.779 1379 144.179 79 159.479 182.979 82.879 176.779. 5000 K die Lose Nr. 126.247 33.347 192.047 92.679 57.779 122.979. 10.000 K das Los Nr. 191.147. 50.000 K das Los Nr. 74.879.

Großer Brand in Wien. Aus Wien wird unter dem 17. Mai gemeldet: Gestern abends ist aus bisher unbekannter Ursache im Maschinenhaus der Siedlungsgenossenschaft „Gesiba“ ein Brand entstanden, der großen Umfang annahm und dem das Maschinenhaus mit den Maschinen, mehrere Baracken mit fertigen und halbfertigen Waren, sowie teilweise die Vorräte des Holzplatzes zum Opfer fielen. Der Schaden ist sehr groß. Ungefähr zehn Personen wurden verletzt.

Der 25. Jahrestag des Zusammentritts der ersten Friedenskonferenz wurde Sonntag durch eine Feier im Saager Friedenspalast begangen. Anwesend waren außer mehreren niederländischen Ministern die Minister des diplomatischen Korps, der Vorsitzende des Internationalen Gerichtshofes, hervorragende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, sowie viele Vertreter pazifistischer Organisationen. Nach einer Eröffnungssprache des Vorsitzenden der Zentrale der Vereinigungen für Völkerbund und Frieden in Limburg verlas der Sohn des verstorbenen Senators d'Estournelles de Constant die von seinem Vater verfasste Festrede. Weiters hielten Ansprachen der Generalsekretär für die Interparlamentarische Union und der Minister des Äußeren Van Karnebeek, der der hervorragenden Männer gedachte, die bei der ersten Friedenskonferenz eine historische Rolle gespielt haben. Die einfache Feier war von musikalischen Vorträgen eingerahmt.

Blutiger Kampf auf einem Hamburger Schiffe. Aus Stettin wird gemeldet: Der einer Hamburger Reederei gehörende 7400 Tonnen-Dampfer „Paul“ mit einer Ladung Soja-Bohnen aus Wladivostok für die Seltiner Delwerke ist hier eingetroffen. Der Dampfer hat eine ereignisreiche Fahrt hinter sich. Auf hoher See vor Panama stellte die deutsche Besatzung die Forderung, nach amerikanischem Tarif entlohnt zu werden. Der Kapitän, der darin eine Meuterei erblickte, schob den Obmann der Besatzung nieder. Ferner wurden von einem Schiffsarzt zwei weitere Matrosen erschossen. Daraufhin löschten die Geizer das Feuer, so daß das Schiff steuerlos herumtrieb. Auf funktentelegraphischem Wege wurde ein chinesischer Dampfer herbeigeholt, der das Schiff im Schlepptau nach Bangkok führte. Hier wurde die deutsche Besatzung gefangen genommen. Das Schiff mußte dann internationale Seelente an, vor allem Chinesische, die den Dampfer nach Stettin führten.

Doriot begnadigt. Aus Paris wird gemeldet: Infolge einer Intervention der im Sainedepartement gewählten Kommunisten beim Justizminister hat Präsident Millerand ein Dekret unterzeichnet, durch das vor kurzem wegen anti-militaristischer Propaganda an der Ruhr zu sechs Monaten Kerker verurteilte Kommunist Doriot begnadigt wurde. Doriot ist bei den Kammerwahlen im vierten Pariser Sektor zum Abgeordneten gewählt worden. Er wurde gestern entlassen und hat am selben Abend in einer kommunistischen Volksversammlung für die allgemeine Amnestie das Wort ergriffen.

Ein Attentatsversuch gegen den chinesischen Außenminister. Aus Peking, 16. Mai, wird gemeldet: Ein unbekannter Bote ließ gestern abends im Hause des Außenministers Wellington Koo eine Schachtel mit dem Bemerkung zurück, sie enthalte Gegenstände für Koo's persönlichen Gebrauch. Den Abfänger zu nennen, weigerte er sich. Koo ordnete heute mittags an, die Schachtel zu öffnen, während er selbst in seinem Studierzimmer verblieb. Als die Diener den Deckel abnahmen, explodierte eine in der Schachtel befindliche Bombe und verwundete drei Diener, deren Zustand bedenklich ist.

Die Nationalität der Nobelpreisräger. Der soeben erfolgten Veröffentlichung des amtlichen zusammenfassenden Berichtes über die Verteilung der Nobelpreise in den Jahren 1921 und 1922 der Nobelpreisung ist folgendes zu entnehmen: Von den fünf Preisen für Chemie und Physik sind zwei an Deutsche gefallen (Walter Röntgen und Albert Einstein), zwei an Engländer und einer an einen Dänen. Die beiden literarischen Preise dieser Jahre wurden einem Franzosen (Anatole France) und einem Spanier (Benavente) zugesprochen. Der Friedenspreis 1921 wurde geteilt zwischen dem schwedischen Ministerpräsidenten Branting und dem Generalsekretär der „Interparlamentarischen Union“ Christian Louis Lange (Schweden), den Friedenspreis 1922 erhielt der Norweger Fridtjof Nansen. Von den 18 naturwissenschaftlichen Preisen, die seit Beginn des Weltkrieges verteilt wurden, sind acht Deutschen, fünf Engländern, zwei Dänen und je einem Amerikaner, einem Belgier und einem französisch-Schweizer zugesetzt worden. Von den acht literarischen Preisen fielen zwei an Franzosen, zwei an Dänen und je einer an einen deutsch-Schweizer (Spitteler), Spanier, Schweden und Norweger.

Die britische Weltausstellung. Sonntag wurde zum ersten Male in der britischen Reichsausstellung eine 100.000 Personen übersteigende Tagesbesuchsziffer erreicht. London ist von Fremden überfüllt. In Laufe dieser Woche wird die Höchstziffer der täglichen Besuche in der Ausstellung erwartet. In den Straßen Londons sind Besucher aus allen britischen Kolonien zu bemerken.

Wie die Polen ihre Minoritäten behandeln, zeigt folgende Meldung der ukrainischen Völkerbundliga, die uns die deutsche Völkerbundliga übermittelt: In dem kleinen Gebirgsstädtchen Sablatow in Ostgalizien hat die polnische Polizei gelegentlich der Mai-Feier auf Befehl des Bezirkshauptmannes ohne Anlaß auf einige tausend ukrainische Manifestanten eine Gewehrsalve abgefeuert. Vier Personen wurden getötet, 50 schwer verwundet. Die west-ukrainische Völkerbundliga erhebt im Namen der reinen Menschlichkeit vor der ganzen zivilisierten Welt feierlichen Protest gegen dieses von den polnischen Machthabern arrangierte blutige Massaker wehrloser ukrainischer Bauern.

Townshend gestorben. Sonntag ist der Verteiliger von Lut el Amara gegen die Türkei Sir Charles Townshend plötzlich gestorben.

Bessarabisches. Moskau meldet: Infolge der systematischen Ueberfälle von Eisenbahnzügen durch kuffische im nördlichen Bessarabien wurde der Verkehr auf den Eisenbahnen teilweise eingestellt. Das Militärkommando in Bessarabien lieferte auf Grund von Angaben des rumänischen Ministeriums für nationale Kultur eine ganze Reihe von Lehrern des Soroder Bezirkes wegen Unterstützung der der rumänischen Regierung feindlichen Agitation dem Gerichte aus.

Wetterbericht. Prag, 19. Mai. Wetterübersicht von 9 Uhr: Am Sonntag herrschte im ganzen Staatsgebiete sehr heiteres und trockenes Wetter mit normaler Temperatur. Westeuropa meldet Hitze mit 30 Grad Celsius und höher. Auch in Mitteleuropa macht sich heute, Montag, eine stärkere Erwärmung bemerkbar, die gleichzeitig eine stärkere Gewitterbildung zur Folge haben dürfte. — Wahrscheinliches Wetter Dienstag, 20. Mai: Veränderlich. Nach Gewittern Abkühlung. (Sam.)

Kleine Chronik.

Gummistrassen in England.

Die Verwendung von Gummi als Straßenpflaster ist eigentlich nichts Neues. Entsprechende Versuche, die schon hier und da vorgenommen wurden, haben recht gute Ergebnisse gezeigt; aber die allgemeine Anwendung dieses Systems ist nicht zuletzt durch die hohen Kosten verhindert worden. Trotzdem hat es nunmehr den Anschein, als werde der Gummi auf diesem Gebiete doch eine immer bedeutsamere Rolle spielen. So ist erst vor kurzem in England ein beachtenswertes Experiment mit Gummipflaster vorgenommen worden: in Manchester ist in der äußerst verkehrsreichen Oldham Street eine Versuchsstrecke von 150 Fuß Länge mit Gummi gepflastert worden. Die genannte Straße wurde gewählt, weil sie ziemlich schmal ist und der regere Verkehr darin sich auf einen sehr engen Raum zusammendrängt, so daß der Bodenbelag außerordentlich stark in Anspruch genommen wird.

Die zur Verwendung kommenden Gummipflaster sind mit Hilfe einer eigenartigen Stahlfassung verstärkt, um so ein Breitwalzen des Gummis zu verhindern, und jede Gummipflaster ist an der nächsten mit Stahlfäden befestigt, denn gerade dieses Ausfahren und Breitreichten war bisher eine der unangenehmsten Nachteile der Gummipflasterung. Die Gummipflaster werden auf einen festen Untergrund gelegt und darauf mittels einer asphaltartigen und wasserdichten Masse befestigt. Reparaturen an Straßenbahnspurteilen können ohne Verlegung der Gummipflasterung ausgeführt werden.

Die Sachverständigen rühmen diesem eigenartigen Straßenbelag die größte Widerstandsfähigkeit und unbegrenzte Haltbarkeit nach. Er widersteht metallbeschlagenen Rädern, und die Puffen der schwersten Pferde können ihm nichts anhaben. Blühende Aste aus Dampfwagen usw. vermag die Oberfläche dieser Gummiart nicht zu verbrennen. Diese Vorteile werden noch durch die größere Sauberkeit und die Abdämpfung des Verkehrslärmes vermehrt. Für die lange Lebensdauer von Gummipflaster spricht es, daß z. B. das Gummipflaster im Pariser Nordbahnhof vor mehr als 50 Jahren gelegt wurde und noch heute in ausgezeichnetem Zustande ist. In England wurden ferner im Jahre 1876 in St. Pancras und 1881 in Euston Gummipflaster angelegt, während die gummipflasterte Eingangshalle des Midland-Hotels in Manchester vor 20 Jahren fertiggestellt wurde. In allen diesen Beispielen ist der Gummielag noch heute durchaus gut erhalten.

Wie man im Altertum wählte.

Der Wahlkampf in Deutschland ist besonders heftig gewesen, und die Parteien haben auf alle Weise versucht, die Wähler zu beeinflussen. Aber man kann mit dem alten Ven Afrika sagen: „Alles schon dagewesen“, denn auch im Altertum gab es heftige Wahlkämpfe, die in derselben Weise wie heute ausgetragen wurden, selbst die Schlägereien bei Wahlversammlungen nicht ausgenommen. Von schmutzigen Wahlreden der Kandidaten, bei denen die ungeheuerlichsten Versprechungen gemacht wurden, erzählt uns schon Aristophanes aus dem alten Athen farbige Maueranschläge in den verschiedensten Formaten verkündeten die Namen und das Programm der einzelnen Bewerber. Man schrieb die Wahlauftrufe vielfach auf Holztäfelchen,

die an Pfählen befestigt und herumgetragen wurden. Natürlich wurde der Sieger nicht geschont, und es wurden ihm die schwersten Verleumdungen und Beschuldigungen an den Kopf geworfen. Ueber die altrömischen Wahlriten sind wir durch die Ausgrabungen in Pompeji genau unterrichtet, da die campanische Stadt gerade während der Wahlzeit durch den Vesuvausbruch verschüttet wurde. Die Wahlriten waren in Pompeji gesetzlich geregelt: die Bewerber mußten ihren Namen mit roten und blauen Buchstaben auf die Teile der geweihten Mauern schreiben, die zu diesem Zwecke vorbehalten waren. In der Wählerregung aber wurden diese Flächen meist überschritten, und man schmutzelte auch in andere Rubriken der öffentlichen Mitteilung, die sich an den Mauern befanden, Wahlnachrichten ein. Selbst die Tempel der Götter und die Grabmäler der Toten wurden nicht geschont, denn wir finden auch an ihnen Wahlauftrufe und Wahlprogramme. Die üblichste Form des Wahlplakats war die, daß der Name des Bewerbers mit einer dicken Schmeißfliege versehen wurde. Da heißt es z. B.: „Viata, ein ausgezeichneter Mann“, oder „Proclinius, ein makelloser Charakter“, oder „Phoxtinus, ein wackerer Burche“. Viel Wirkung versprach man sich wohl auch von Mitteilungen wie den folgenden: „Vorbeigehender, stimme du heute für Proclinius, und er wird morgen für dich stimmen“, oder „Wir wollen Viata als Rediten“. Die alten Römer kannten auch bereits die Sitte der sogenannten „Sandwichmänner“, indem sie auf großen Tafeln, die auf den Straßen herumgetragen wurden, die feste und Vergünstigungen bekanntmachten, die sie dem Volke im Falle ihrer Wahl zuteil werden lassen wollten.

Das heißeste Land der Erde. Als heißeste Gegend der Erde wird nach den neuesten Beobachtungen das Todesdal (Death Valley) in den Vereinigten Staaten angesehen. Es liegt im Südwesten des Staates Kalifornien, ist 150 Kilometer lang und 3 bis 13 Kilometer breit. Sein tiefster Punkt liegt 84 Meter, nach Ansicht einiger Gelehrter sogar 101 Meter unter dem Meerespiegel. 1911 ist dort, in Greenland Range, eine Wetterwarte errichtet worden, die auf Grund zehnjähriger Beobachtungen die mittlere Jahrestemperatur zu 18, die mittlere Sommertemperatur zu 34,6 Grad Celsius errechnet hat. Die beobachteten Jahresmaxima bewegten sich zwischen 50 und 56, 60 Grad. Letztere Temperatur wurde am 10. Juli 1913 beobachtet und ist die höchste Temperatur, die jemals amtlich auf der Erde gemessen wurde.

Gerichtssaal.

Berlin, 18. Mai. Gestern begann hier ein Riesenzug gegen den Apotheker Heiser und seine Frau. Heiser hat unter dem Pseudonym „Mutabor“ ein „Institut für Schönheitspflege und Massage“ geleitet und innerhalb der letzten vier Jahre nach seinen eigenen Angaben in nicht weniger als 11.000 Fällen unerlaubte Eingriffe verübt. Das Ermittlungsverfahren ist zunächst in 400 Fällen eingeleitet worden und von diesen sind 26 der schwersten Fälle gegenwärtig unter Anklage gestellt worden. Zu der Verhandlung ist ein großes Aufgebot von Märdchen und Frauen geladen, die sich der Behandlung des Angeklagten unterzogen hatten. Uebereinstimmend erklärten die Zeuginnen, daß sie, um sich vor Not und schlechtem Geruch zu schützen, die Hilfe des Instituts in Anspruch genommen hatten.

In der Montag-Verhandlung wurde die von der Verteidigung geladene sozialdemokratische Landtagsabgeordnete, Frau Dr. Wegscheider, als Zeugin vernommen. Sie bezeichnet den Angeklagten als einen Idealist, der die Aufmerksamkeit der Frauenwelt und der Parlamente durch einen Riesenzug auf die Unhaltbarkeit der Straßparagrafen für die Fruchtbarkeitsregel lenken wollte. Daß der Angeklagte für seine Pflanzleistung Geld genommen habe, sei natürlich, da er auch leben mußte. Die Hauptmotive seiner Handlung seien Mitgefühl und Menschenfreundlichkeit gewesen.

Der Angeklagte Heiser wurde unter Jubilation mildernden Umständen wegen Beihilfe zur verübten Abtreibung in fortgesetzter Handlung zu zwei Jahren und seine Frau zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Der Frau wurde eine Bewährungsfrist zugewiesen.

Woltswirtschaft.

Sinter den Kulissen des Finanzkapitals.

Dem „Oesterreichischen Volkswirt“ entnehmen wir folgende Notiz, die zeigt, welche betrügerischer Mittel sich die sogenannten neuen Reichen bedienen:

Vor einigen Wochen ist mitgeteilt worden, daß Herr Heinrich Bronner das dringende Bedürfnis habe, sich ausschließlich der Industrie zu widmen und deshalb sein Paket an Lombard- und Eskomptbank-Aktien an die Firma Goitein Michael u. Co. verkauft. Der Drang zur Industrie war dadurch verursacht, daß Herr Bronner viele Milliarden Schulden — darunter an die eigene Bank — aufgeschuldet hatte, die nur durch Verkauf der Aktien getilgt werden konnten. Um diesen Schuldenberg aufzubringen, mußten die Aktien mit 50.000 Kronen angesetzt werden. Die Erwerber behielten sich aber das Rücktrittsrecht vor, falls eine Prüfung des Staates der Bank einen geringeren Wert ergeben sollte. Für die Differenz: erhielten sie als Deckung Pfänder. Darunter 14.000 Aktien des Hotels Panhans am Semmering. — Herr Heinrich

Bronner hat einen Bruder namens Sami. Sie sind aus gemeinsamen Geschäften hervorgegangen. Vor einigen Jahren haben sich ihre Wege getrennt, haben aber immer in paralleler Richtung geführt. Auch Herr Sami Bronner hat enge Beziehungen zu verschiedenen kleinen Banken unterhalten. Zuletzt zu der deutschen Bodenbank. Als diese zusammenbrach und ihr Status geprüft wurde, entdeckte man unter anderem, eine beträchtliche Forderung an Herrn Sami Bronner — gebildet durch 14.000 Aktien des Hotels Panhans am Semmering. Bewegliche Pfänder sind im Besitze des Pfandgläubigers. Die Firma Goitein Michael u. Co. hatte ihre Bankaktien wohl verwahrt, die Bodenbank wieder die ihren. Da es im ganzen 15.000 Panhansaktien gibt, so mußte man vergleichen, und siehe da, es stellte sich heraus, daß es dieselben Panhansaktien waren. Sie liefen mit denselben Nummern und Unterschriften in doppelter Ausfertigung. Die einen gehörten dem Heinrich, die anderen dem Sami und beide machten sich damit Geld. Welches die echten sind, werden die Gerichte zu entscheiden haben. Die Aktien sind in Rom gedruckt. Die erste Auflage soll einen kleinen unerbittlichen Druckfehler aufweisen, der nach seinem österreichischen Gesetz eine Aktie ungültig macht. Die zweite Auflage ist vollkommen, aber der offensibare Nachdruck. Es wird einen hübschen Streich und hübschen Einblick in das Treiben der viel gepriesenen Finanzgrößen der letzten Jahre geben, wenn die Gerichte zwischen Heinrich und Sami, zwischen den echten und unechten Panhansaktien zu entscheiden haben werden. Eine kleine Geschichte aus der großen Zeit der Finanzgenies.

Kolossaler Abbau der Bankbramten in Deutschland.

Der Berliner „Montag Morgen“ veröffentlicht eine Zuschrift aus Beamtenkreisen, wonach der Abbau der Bankenschaft bei den Banken einen ungeheuren Umfang angenommen habe. Die vier großen Banken (Deutsche Bank, Dresdener Bank, Diskontogesellschaft und Darmstädter Bank), die nur in Berlin selbst gegen Ende 1923 36.000 Angestellte beschäftigten, haben bisher ein Drittel, genau 12.300, entlassen. Die Kündigungen nehmen ihren Fortgang. Die Mitteldeutsche Kreditbank, welche in der Inflationszeit 1743 Angestellte zählte, will ihren Bestand bis ultimo Juni auf 450 Angestellte zurückschrauben. Die Berliner Handelsgesellschaft hat ihren Bestand um 50 Prozent verringert, die Kommerzbank um 37 Prozent, Reichsbank und die Deutsche Reichsbank um 40 Prozent, die Privatbank um 60 Prozent. Der Tschechoslowakische Bankverein A. G., welcher 550 Angestellte hatte, habe seinen Bestand auf 63 Angestellte verringert, also 88 Prozent entlassen. Die 63 Verbliebenen rekrutieren sich aus 32 Überbeamteten, 20 mittleren Angestellten und 11 Lehrlingen. Die letzteren haben bekanntlich unkontrollierte Verträge mit den Banken eingegangen und sind billigere Arbeitskräfte, was dazu geführt habe, daß in einigen Berliner Depositenbanken der Personalbestand 75 Prozent des Personales sich aus Lehrlingen zusammensetzt.

Tschechoslowakische Salzpölitik. Unter diesem Titel schreibt z. B. in der „Konsumgenossenschaft“: Wir haben in wiederholten Ausführungen darauf hingewiesen, welcher Schaden dem Volke und der Volkswirtschaft durch die Einfuhrsperre des deutschen Salzes entstanden ist. Beiläufig die Hälfte des Salzpreises, den unsere Konsumenten von West- und Ostböhmern zu zahlen haben, geht auf für Fracht und sonstige staatliche Abgaben. Wenn also der Staat die Einfuhr des billigeren und weit schöneren deutschen Salzes verbietet, dann sollte er doch wenigstens diese harte Maßnahme durch eine vernünftige Tarispölitik halbwegs auszugleichen suchen. Aber nichts dergleichen geschieht. Die Qualität des Salzes bleibt nach wie vor elendig schlecht, ganze Erdklumpen werden in das Salz vermahlen, die Konsumenten wissen gar nicht, was sie als Salz genießen. Dabei hat man den Eindruck, als ob das Finanzministerium nur bestrebt wäre, immer neue Schikanen zu erfinden. Bis jetzt war es möglich, Salz auch in einer Menge von 5000 Kilogramm zu beziehen; dies hatte für die Konsumenten den Vorteil der Wagonfracht auch in jene Gebiete, wo weniger Salzbedarf war. Heute muß in diese Gebiete Salz entweder mit Stückgutfracht geliefert werden, oder aber es muß ein Wagon bezogen werden. Beides kostet viel Geld. Im ersteren Falle die höhere Fracht und im zweiten Falle große Zinsverluste, Schwund usw. Aber einige wenige Bureakraten haben es angeordnet, und Millionen Konsumenten müssen schweigen. Ueberdies soll sich nunmehr die Einfuhrsperre auch auf Viehsalz erstrecken, und zwar schon in allernächster Zeit. Dies bedeutet eine Verdoppelung, vielleicht sogar eine Verdreifachung der heutigen Preise für deutsches oder polnisches Viehsalz. Im weiteren folgt natürlich eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produkte. Die Einfuhrsperre von Viehsalz wird die Konsumenten neuerlich ungezählte Millionen kosten. Den Vorteil werden nur die Banken haben, denen die Salzmöhlen gehören. Auch Industriezweige soll ab nächster Zeit nicht mehr importiert werden dürfen. Die betreffende Industrie wehrt sich gegen dieses Bestreben mit aller Entschiedenheit, weil die Ware nicht nur wesentlich teurer sein wird als die deutsche, sondern auch qualitativ ganz minderwertig ist. Für manche Zweige, insbesondere für die Gerbereizweige, wird das tschechoslowakische Salz überhaupt nicht zu verwenden sein.

Lohnbewegung der Angestellten der britischen Weltausstellung. Eine Versammlung der Angestellten der britischen Weltausstellung nahm eine Resolution an, in der die Regierung ersucht wird, eine Abordnung zu empfangen, welche die 48stündige Arbeitswoche und eine angemessene Befoldung verlangen soll.

Kunst, Nation und - Geschäft.

102 Mitglieder des Kreises Reichenberg des Künstlervereines „Meynerbund“ haben sich jüngst in ihrer Art berüchtigt gemacht. Weil eine Dresdener Architektenfirma in Reichenberg ein Haus baut, richteten die 102 teutschen „Künstler“ an die politische Landesverwaltung eine Eingabe, in der sie Abhilfe gegen die reichsdeutsche Konkurrenz erbaten und sich überdies zur Uebernahme der Ueberwachung solcher reichsdeutscher Architektentätigkeit erbieten.

Der Vorgang in Reichenberg von Seiten des Meynerbundes ist ein typisches Beispiel der Auswüchse, die der bürgerliche Separatismus überall zeitigt. Nicht nur der Nationalismus, sondern ein weit tieferer Grund ist die Ursache dieser Entgeißelung. Ist es doch ganz unmöglich, daß die Herren des Meynerbundes vergaßen, daß ihr Landsmann, mit dessen Namen sie sich schmücken, das „Völkerschlachtdenkmal“ in Leipzig zur Ausführung erhielt.

Der Vorgang in Reichenberg von Seiten des Meynerbundes ist ein typisches Beispiel der Auswüchse, die der bürgerliche Separatismus überall zeitigt. Nicht nur der Nationalismus, sondern ein weit tieferer Grund ist die Ursache dieser Entgeißelung. Ist es doch ganz unmöglich, daß die Herren des Meynerbundes vergaßen, daß ihr Landsmann, mit dessen Namen sie sich schmücken, das „Völkerschlachtdenkmal“ in Leipzig zur Ausführung erhielt.

Der Vorgang in Reichenberg von Seiten des Meynerbundes ist ein typisches Beispiel der Auswüchse, die der bürgerliche Separatismus überall zeitigt. Nicht nur der Nationalismus, sondern ein weit tieferer Grund ist die Ursache dieser Entgeißelung. Ist es doch ganz unmöglich, daß die Herren des Meynerbundes vergaßen, daß ihr Landsmann, mit dessen Namen sie sich schmücken, das „Völkerschlachtdenkmal“ in Leipzig zur Ausführung erhielt.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Literatur.

Ein Mozart-Roman. Nach A. C. Brachvogel's „Friedemann Bach“-Buch, dem „Liszt“-Romane „Der Kraftmeyer“ von Holzogen und der „Schubert“-Erzählung „Schwanmerl“ vom Bartsch ist nun auch Wolfgang Amadeus Mozart, der unsterbliche Musikstifter, unter die Romanhelden eingegangen. „Mozart - Ein Künstlerleben“ nennt sich der neueste Band der im Verlage von Rich. Bong in Berlin herausgegebenen Romane berühmter Männer und Frauen und Ottolar Janesichel ist sein Verfasser.

Kunst und Wissen.

Konrad Rautner, ein verdienter Sammler heimischer Volkslieder, ist gestorben. Von ihm stammt die Sammlung „Steirische Rasplwerk“: er hat, wie die „Arbeiter-Zeitung“ schreibt, die Lieder und Reime selbst im steirischen Salzlammertal, am Grundsee, durch innigen Verkehr mit den Einheimischen gehört und niedergeschrieben.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Dienstag „Der Sumpelmann“; Mittwoch „Minna von Barnhelm“; Donnerstag „Tristan und Isolde“; Freitag „Mignon“; Samstag „Die schöne Galathee“; Sonntag „Die Meisterfinger“.

Turnen und Sport.

DfC. liegt über Deutschen Sportverein Troppau 9:0 (3:0).

Dem DfC. stand Sonntag kein erster Gegner gegenüber, was sich auch in der Goalzahl ausdrückte, beinahe wären die Troppauer zweistellig geschlagen worden. Die Troppauer boten das Bild unerhörter Undiszipliniertheit, es genügt hier wohl, die Blätterstimmen zweier bürgerlicher Zeitungen wiederzugeben.

Die „Mittagszeitung“ meint: Was sich diese Herrschaften gestern auf dem Plage einer Großstadt erlauben, bietet Material genug, um diesem Verein von Verbandes wegen die Möglichkeit zu nehmen, überhaupt an einer Konkurrenz teilzunehmen. Will der Verband eine Meisterschaft austragen, dann muß gegen die Schlesier ein Exempel statuiert werden, daß ihnen für längere Zeit die Lust vergeht, die ohnehin zur Farce herabgesunkene Meisterschaft in derartiger Weise zu sabotieren, wie dies Sonntag geschah.

Deutsche Sportbrüder gegen Prag VII 0:2 (0:1). Die Sportbrüder haben ihren Platz Sonntag mit einer Niederlage bepackt verlassen, deren Schuld an den Sturmern liegt, die die besten Chancen leer gehen ließen.

Viktoria Zikow gegen VfC. Weinberge 3:0 (0:0). Der einzige tschechische Fußballkampf des Tages - kein erstklassiges Spiel. Viktoria spielte ungemein roh. Die Zuschauerzahl in der (auch eingetragenen) Erwartung eines uninteressanten Kampfes natürlich schwach.

Prager Fußballresultate vom Sonntag. DfC. Prag-Troppauer Sportfreunde 9:0 (3:0). VfC. - Viktoria Zikow 0:3 (0:0). Radlicky VfC. - Malostranský VfC. 1:0 (0:0). Ceskoslovan. Köstler-Sk. Pilsen 2:3 (1:1). K.S. Pilsener - Ceschie VIII 2:1 (0:1). Praha VII - Deutsche Sportbrüder 2:0 (1:0). Ceschie Smichov - Sparta Köstler 1:1 (0:1). Union Zikow - Viktoria Rusle 2:0 (0:0). Ruselth S. R. - DfC. Sturm 8:1 (2:1). Union VII - Sk. Demice 2:1 (1:0). Ufedenický Sk. Vinohrad - Praxile Sport. Bruzeni 4:0.

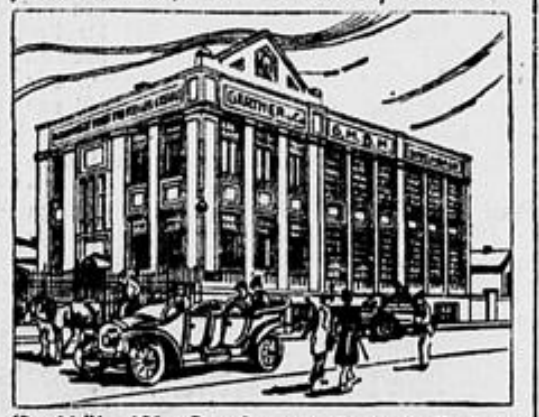
Westham United und Bolton Wanderers unter den Geschlagenen dieser Woche! Frankfurt. Samstag. West Ham United - Eintracht 4:0. - Freiburg. Sonntag. VfC. Freiburg schlägt West Ham 5:2. - München. Bolton Wanderers - Bayern 3:1. - Berlin. Bolton Wanderers - Union 9:4:0.

Schweden hat Sonntag in Stockholm Polen 5:1 geschlagen! Das Spiel gewinnt dadurch an Bedeutung, daß es sich um das olympische Team in Schweden handelt. Schweiz schlägt Ungarn 4:2 (2:0). Die ungarische olympische Mannschaft ist unerwartet unterlegen. Es war die stärkste Mannschaft, über die die Ungarn verfügen, während bei den Schweizern Boche fehlte. 18.000 Zuschauer waren Zeugen der ungarische Niederlage.

Der Flug um die Erde. Der amerikanische Flieger Martin und sein Mechaniker haben Zeitung erhalten, nach Washington zurückzukehren, wo sie im Luftdienst Verwendung finden werden. In Anerkennung der harten Prüfungen, die ihnen auferlegt wurden, werden ihre beiden Namen in die Liste eingetragen, welche die Namen der Aviatiker führt, die den Flug um die Welt versuchen. Major Martin bleibt offiziell der Kommandant des Fluggeschwaders, trotzdem die andern Flieger ihren Flug nach Japan fortsetzen. Falls es den amerikanischen Fliegern gelingt, Europa zu erreichen, wird Major Martin mit seinem Mechaniker den Atlantischen Ozean überfliegen, um sich mit ihnen zu vereinigen. Der englische Flieger MacLaren ist auf seinem Fluge um die Erde in Kasirabad angekommen.

Belletier in Ranton. Aus Ranton wird gemeldet, daß der Flieger Belletier d'Oisy dort eingetroffen ist. Herausgeber: Dr. Ludwig Eger und Karl Corman. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Richter. Druck: Deutsche Zeitungs-A.G., Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Dollk.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmisches Druck- und Verlags-Anstalt Gärtner & Co., Bodenbach a. E. G. m. b. H. Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neuere Gek. und Gießmaschinen mit einer Tagesleistung von 500.000 Buchstaben, Relationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeitungen. Telephon Nr. 271. Postfach Nr. 127. 603.

Werbet bei jeder Gelegenheit für Euer Parteiblatt den „Sozialdemokrat“!

Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad

unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art Literatur. Alle nicht lagernden oder wo immer angeforderten Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.

Der Mensch und die Sonne.

Wahr deinen Körper im Sonnenlicht! Wache ihn gesund und schön! Von Hans Curen. Aber 100 heutzutage Naturaufnahmen männlicher u. weiblicher Körper im Spiel der Sonne u. 24 Lichtbilder auf seinem Ausstrahl. 7 Bogen Text. Mehrfarbige Umschlagegestaltung von Prof. Ludw. Hohlweg. Preis: Broschiert R 26.-, fest gebunden R 33.-

Volksbuchhandlung Kramler & Co., Teplitz-Schönau, Theresienstraße 18-20.

Lachen Lints!

Das neue deutsche Bildblatt erscheint wöchentlich. Jede Nummer R 1.10. Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung Kramler & Co., Teplitz-Schönau, Theresienstraße 18-20.

Advertisement for Berson-Gummiabsätze (rubbersoles) featuring a large graphic with the text 'VOM ARZTLICHEN STANDPUNKTE AUS' and 'betrachtet, ist das Tragen von Berson-Gummiabsätzen und Berson-Gummi-sohlen unbedingt notwendig, um Nerven und Füße beim Gehen zu schonen.'